

**Kommunales Handlungskonzept
gegen Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus und
gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit
für die Stadt Remscheid**



1 Inhalt

1. Ausgangssituation und Problemdefinition	2
1.1 NRWeltoffen.....	2
1.2 Die Stadt Remscheid.....	3
1.3 Aktivitäten der Stadt Remscheid vor Beginn des Prozesses	5
1.4 Wahlergebnisse und Wahlerfolge rechter Parteien in Remscheid	6
1.5 Leitfadeninterviews	8
1.6 Erkenntnisse der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus	12
2 Begriffsbestimmungen	14
2.1 Rassismus	14
2.2 Diskriminierung	14
2.3 Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit (GMF)	14
2.4 Antisemitismus	15
2.5 Antiziganismus.....	15
2.6 Antimuslimischer Rassismus (AMR)	16
2.7 Institutioneller Rassismus.....	16
2.8 Rechtsextremismus	16
2.9 Extreme Rechte	17
3 Der Remscheider Weg.....	17
3.1 Der Lenkungskreis: Konstituierung und erste Schritte.....	18
3.2 Arbeitsweise des Lenkungskreises	19
3.3 Handlungsfelder und Handlungsempfehlungen	21
3.3.1 Politik und Verwaltung	22
3.3.2 Kinder- und Jugendhilfe.....	26
3.3.3 Erwachsenen- und Politische Bildung	32
3.3.4 Schule	36
4 Veranstaltungen, Öffentlichkeitarbeit und mehr	39
4.1.1 Veranstaltungen 2022/23.....	39
4.1.2 Internet & Co. – weitere Aktionen	45
5 Fazit	46
Dank.....	48

1. Ausgangssituation und Problemdefinition

1.1 NRWeltoffen

Die Stadt Remscheid ist seit 2022 stolzes Mitglied des Netzwerkes NRWeltoffen, das vom Land NRW gefördert wird. Die Förderung beinhaltet die Finanzierung von Personal- und Sachkosten. Aufbauend auf dem „integrierten Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus und Rassismus des Landes NRW ist auch in der Stadt Remscheid ein Handlungskonzept erarbeitet worden, dessen Entwurf hier vorliegt.

„Nordrhein-Westfalen handelt geschlossen für ein respektvolles gesellschaftliches Miteinander – gegen Rechtsextremismus und Rassismus“ – so lautet das Leitziel des integrierten Handlungskonzeptes des Landes NRW, das ab 2013 in einem umfangreichen partizipativen Prozess erarbeitet und 2016 verabschiedet wurde. Es beleuchtet 13 Handlungsfelder, definiert neben dem Leitziel vier strategische Ziele und definiert dazu entsprechende Handlungsziele und entsprechende Maßnahmen. Schon die Benennung der vier strategischen Ziele weist auf die Bedeutung gesamtgesellschaftlichen Handelns bei der Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rassismus hin:

1. Staatliche und zivilgesellschaftliche Akteure arbeiten kooperativ zusammen¹
2. Staatliche und zivilgesellschaftliche Akteure tragen aktiv zum Abbau struktureller, gesellschaftlicher und sozialer Diskriminierungen bei
3. Staatlich und zivilgesellschaftliche Akteure verfügen über Wissen und Handlungs-Know-How im Themenfeld Rechtsextremismus und Rassismus
4. Staatliche und zivilgesellschaftliche Akteure handeln präventiv, unterstützend und intervenierend gegen demokratiefeindliche Erscheinungsformen

In dem Bewusstsein, dass die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und Rassismus als gesamtgesellschaftliche Aufgabe das Engagement in allen Politikfeldern und gesellschaftlichen Bereichen betrifft, wurde schon bei der Erarbeitung des Konzeptes staatliche und zivilgesellschaftliche Akteurinnen und Akteure einbezogen. Auch wenn das Konzept schon älter ist – angesichts der aktuellen Entwicklungen ist es aktueller denn je.

Darüber hinaus legte das Land NRW 2017 eine Förderkulisse auf, die es Kommunen ermöglichen soll, entsprechende Handlungskonzepte auf der kommunalen Ebene zu erstellen. Die Zahl der teilnehmenden Kommunen war begrenzt, so dass sich erst 2022 für die Stadt Remscheid die Chance ergab an dem Programm teilzunehmen. Die Zielsetzung und der politische Auftrag sind klar: Es soll ein Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus, Antisemitismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit erarbeitet werden. Die strategischen Ziele des integrierten Handlungskonzeptes NRW und auch die Handlungsfelder sind dabei Orientierungspunkte und handlungsleitend.

Auf der Basis der Teilnahmemöglichkeit und etlichen intensiven vorausgegangenen Diskussionen über Rechtsextremismus in Remscheid fasste der Rat der Stadt Remscheid folgenden Beschluss:

„Der Rat der Stadt Remscheid bekennt sich dazu, jeglichen Formen von Antisemitismus, Rassismus, Antiziganismus, antimuslimischen Rassismus und weiterer gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und Diskriminierung entschieden entgegen zu treten. In diesem Sinne beschließt der Rat die Einsetzung einer Lenkungsgruppe bestehend aus dem Oberbürgermeister als Extremismusbeauftragten, der

¹ „Integriertes Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus und Rassismus. NRWeltoffen (2016): Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport des Landes Nordrhein-Westfalen. S. 27.

Bürgermeisterin und den Bürgermeistern, Vertreterinnen und Vertretern aus Sport, Polizei, Kultur, Jugendhilfe, Schule und Wohlfahrtsorganisationen, des Kommunalen Integrationszentrums, des Jugendrates und des Integrationsrates sowie der Freiwilligen Feuerwehren, der Organisationen des Katastrophenschutzes und der Hilfsorganisationen, der Gewerkschaften, des Seniorenbeirats und des Beirat für die Gleichstellung der Menschen mit Behinderungen mit dem Ziel, auf der Basis der vielfältigen Aktivitäten in unserer Stadt eine gemeinsame Strategie für Demokratie und Vielfalt gegen Extremismus zu entwerfen und die Möglichkeiten der „Partnerschaften für Demokratie“ oder eines ähnlichen Programms zu nutzen, sobald eine entsprechende Förderung aufgelegt wird. Nach einem Jahr legt der Oberbürgermeister eine Evaluation über Zusammensetzung und Arbeitsweise der Lenkungsgruppe zur Diskussion in Hauptausschuss oder Rat vor.“²

Damit wurde die Basis für die Antragstellung bei NRWeltoffen und die Grundlage für die gemeinsame Arbeit geschaffen. Durch den Ratsbeschluss wurde auch deutlich, dass eine interdisziplinäre, beteiligungsorientierte Arbeitsweise gewünscht ist, in der Stadtverwaltung und verschiedene zivilgesellschaftliche Akteurinnen und Akteure gemeinsame Wege suchen und finden sollen. Seinen Ausdruck findet dieser Wunsch in einem ungewöhnlich großen Lenkungskreis und in dem Umstand, dass aus den Mitteln zwei Stellen realisiert wurden – eine in der Stadtverwaltung und eine bei einem freien Träger.

1.2 Die Stadt Remscheid

Die Stadt Remscheid ist als kleinste kreisfreie Großstadt des „Bergischen Städtedreiecks“ geprägt vom Strukturwandel. Ihre frühere Prosperität und Stärke verdankt sich vielen namhaften Unternehmen wie Mannesmann, Barmag, Alexanderwerk oder Thyssen, im bis in die frühen 90er Jahre des vergangenen Jahrhunderts erfolgreich wirtschafteten. In der Folge war Remscheid auch in den 1950er bis 1980er Jahren und darüber hinaus auch immer Ziel von Arbeitsmigration, zunächst aus Deutschland, dann aus den heutigen EU-Staaten wie Italien und Spanien, dann von Menschen aus dem Balkan oder aus der Türkei. Infolgedessen erreichte die Einwohnerzahl 1970 mit fast 137.000 Menschen einen vorläufigen Höchststand. Wegzüge, Umstrukturierungen und Pleiten beendeten den Remscheider Wachstumstrend. Sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse wurden weniger und viele ehemals gut Beschäftigte verließen die Stadt. 2010 lebten nur noch 113.527 Einwohnerinnen und Einwohner in Remscheid und im dritten Quartal 2023 stieg die Einwohnerzahl – bedingt auch durch den Zuzug die Geflüchteten wieder auf 115.345 Menschen³.

Die skizzierten Entwicklungen spiegeln sich auch in der Zusammensetzung der Remscheider Bevölkerung. Ausweislich der Remscheider Statistikstelle⁴ haben 42,8% der Remscheiderinnen und Remscheider einen sogenannten Migrationshintergrund, davon sind etwa 80% Ausländer bzw. Deutsche mit weiterer Nationalität. Auch wenn die meisten der gemeldeten Ausländerinnen und Ausländer über einen türkischen Pass verfügen, gefolgt im Übrigen von Menschen mit italienischem Ausweis, so lenkt die Bevölkerungsstatistik in ihrer Gesamtheit den Blick auf die bunte Vielfalt an Ethnien und Nationalitäten, die in Remscheid zuhause sind. Mit Einwohnerinnen und Einwohnern aus über 120 Nationen repräsentiert die Stadt eine breite ethnische und kulturelle Palette und ist stolz darauf.

² Niederschrift der Ratssitzung vom 18.11.2021 (2021): S. 17

³Remscheider Einwohnerinnen und Einwohner am 31. März 2023. Stadt Remscheid Der Oberbürgermeister, Fachdienst Bürger, Sicherheit und Ordnung Statistikstelle, abgerufen am 25.11.2023

⁴ Ebd.

Zu den besonderen Merkmalen der demographischen Entwicklung in Remscheid gehört auch die Entwicklung in den verschiedenen Altersgruppen und deren räumliche Verteilung. Hier sticht wie in vielen Teilen NRW auch der Altersdurchschnitt ins Auge. Jede fünfte Person ist älter als 65 Jahre, bei den Menschen mit Migrationsgeschichte sieht das anteilig an der Bevölkerungsgruppe ähnlich aus. Dies lenkt den Blick auch auf das Merkmal „Alter“. Insbesondere der Seniorenrat der Stadt Remscheid weist immer wieder darauf hin, dass ältere Menschen in der Stadt mindestens strukturell systemisch benachteiligt sind. Nicht wenige fühlten sich in Fragen der Teilhabe in ihren Belangen nicht berücksichtigt und teilweise sogar diskriminiert.

Ähnlich geht es den Menschen mit Behinderungen. So beklagt der Remscheider Inklusionsrat, dass Abwertungen und strukturelle Benachteiligungen im öffentlichen Raum nicht selten sind – auch wenn die Mitte-Studien der Friedrich-Ebert-Stiftung diesen subjektiven Befund nicht stützen. Außerdem seien Menschen mit Behinderungen statistisch häufig von Gewalt betroffen.

Abwertungen erfahren der neuesten Mitte-Studie zur Folge auch Menschen in prekären Verhältnissen, z.B. Obdachlose, aber auch Menschen im Bürgergeldbezug, Infolge des noch nicht völlig bewältigten Strukturwandels ist die Arbeitslosenquote in Remscheid vergleichsweise hoch. Dies hat Auswirkungen auf die ökonomische Situation vor allem von Familien. Jedes fünfte Kind – so die Statistik – ist von Armut betroffen oder bedroht. Kenntnisse darüber, inwieweit diese Gruppen von Diskriminierungserfahrungen betroffen sind liegen nicht vor.

Die Stadt Remscheid ist aufgrund ihrer Topographie und seiner Siedlungs- bzw. Industrialisierungsgeschichte geprägt durch viele Stadteile mit je einer eigenen Individualität. Neubauquartiere wechseln sich ab mit ehemaligen Hofschafden, Ankommensquartiere mit schnellgebauten Siedlungen aus den 50er bis 70iger Jahren. Entsprechend bunt und sehr unterschiedlich ist die Zusammensetzung der Bevölkerung in den Stadtteilen. Das betrifft sowohl deren sozioökonomischen Status als auch die Zusammensetzung nach Alter und Herkunft. Herausragend ist der Umstand, dass einer aktuellen Statistik der Stadt Remscheid zufolge etwa 60% der neugeborenen Kinder aus Familien mit Einwanderungsgeschichte stammen. Damit richtet sich der Fokus der Stadt auf die Gestaltung einer inklusiven vielfältigen städtischen Zivilgesellschaft, der rechtes Gedankengut fundamental entgegensteht.

Die Stadt Remscheid hat in den letzten Jahren Anstrengungen unternommen, um die Integration von Migrantinnen und Migranten in die Gesellschaft zu fördern. Es gibt zahlreiche Initiativen und Programme, die darauf abzielen, den Zugang zu Bildung, Arbeitsplätzen und Wohnraum für Menschen mit Migrationsgeschichte – und -erfahrung zu verbessern und die kulturelle Vielfalt in der Stadt zu fördern. Eine wesentliche Rolle spielte und spielt dabei das Kommunale Integrationszentrum, das sich überproportional für Vielfalt und Austausch einsetzt und vor allem auch das Thema Rassismuskritik innerhalb und außerhalb der Verwaltung immer wieder platziert.

Dennoch, obwohl die Stadt die Werte Weltoffenheit, Vielfalt und Respekt vertritt und versucht, diese im Alltag auch zu leben, gibt es aktuell keine umfassende Antidiskriminierungspolitik, die sicherstellt, dass diese Werte sowohl in der Stadtverwaltung als auch in der Gesellschaft umgesetzt werden. Nicht zuletzt zeigt der Wahlerfolg rechter Gruppierungen wie der AFD, dass rechtes Gedankengut in der Remscheider Gesellschaft Zustimmung findet. So konnte die AFD bei den letzten Bundestags- und Landtagswahlen nennenswerte Stimmanteile für sich verbuchen. Auch die Mitarbeitenden des kommunalen Integrationszentrums weisen immer wieder auf offenen und strukturellen Rassismus in vielen gesellschaftlichen, politischen und verwaltungsinternen Prozessen hin. Mit Blick auf diese Gesamtsituation entstand der Gedanke, die Möglichkeiten des Programms NRWeltoffen zu nutzen,

um zwei Stellenanteile zu ermöglichen, einen mit Blick auf Politik und Zivilgesellschaft bei einem freien Träger und einen mit Blick in die Verwaltungsstrukturen hinein.

1.3 Aktivitäten der Stadt Remscheid vor Beginn des Prozesses

Um kommunale Konzepte gegen Rechtsextremismus und Rassismus zu formulieren, ist es zwingend notwendig, die Problemlage zu analysieren, um herauszufinden, an welchen Stellen Bedarf für Konzepte gegen Rassismus und Rechtsextremismus besteht. Denn nur wenn das Problem identifiziert wird, können auch zielgerechte Konzepte zur Lösung der Probleme entwickelt werden. Die Koordinierende Fachstelle (KF) hat sich entsprechend zur Anfangsphase des Projektes das Ziel gesetzt, einen Überblick über die Problemlage in Remscheid zu verschaffen. Insgesamt – und auf keinen Fall abschließend wurden drei Themenbereiche ausgewählt: die Analyse der Ergebnisse der letzten Wahlen, Leitfadenterviews und die Beschäftigung mit den Erkenntnissen der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus. Der jeweilige Wissensstand bzw. die Analyseergebnisse wurde jeweils der Lenkungsgruppe vorgestellt und sind in die Erarbeitung der Handlungsempfehlungen eingeflossen.

Der o.g. Beschluss des Rates ist das Ergebnis einer langen und intensiven politischen und gesellschaftlichen Diskussion, um die Entwicklung des Rechtsextremismus in der Stadt Remscheid. Vor dem Hintergrund des Wahlerfolges der AfD und verschiedener „Stadtspaziergänge“ in Coronazeiten wurde die Frage diskutiert, in wie weit die Maßnahmen der Stadtverwaltung ausreichend wären, Rechtsextremismus, Antisemitismus und gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit wirksam zu bekämpfen. In der Begründung zum Beschluss des Rates heißt es:

*„Vor diesem Hintergrund wird deutlich, dass die Konzentration auf die im wahrsten Sinne des Wortes „extremen“ Facetten einer schwierigen gesellschaftlichen Entwicklung zu kurz greift. Auf Remscheid zugeschnitten heißt das: Alle Remscheider*innen und Remscheider, die gesamte Bandbreite der zivil gesellschaftlichen Akteurinnen und Akteure, der staatlichen und privatrechtlichen Institutionen und der politischen Fraktionen und Parteien in ein Handlungskonzept für Vielfalt und Toleranz einzubeziehen.*

Dies lenkt den Blick darauf, welche Instrumente und Intuitionen sich in Remscheid bereits aktiv auf den Weg gemacht haben. In der Vorlage 15/7011 werden die umfänglichen Aktivitäten beschrieben, die bereits im Sinne von Aktion und Prävention in die Netzwerke der Remscheider Stadtgesellschaft gelebt und ständig weiterentwickelt werden. Ohne Anspruch auf Vollständigkeit seien hier beispielhaft der folgenden Bündnisse und Aktivitäten aufgeführt:

Gemeinsam mit den Oberbürgermeistern des bergischen Städtedreiecks hat sich der Remscheider Oberbürgermeister schon 2016 der internationalen Kampagne „Mayors United Against Anti-Semitism“. Dieses Bekenntnis gegen Antisemitismus wurde anlässlich der jüngsten Übergriffe gegen Menschen jüdischen Glaubens erneuert.

Mit dem Beitritt zur Charta der Vielfalt hat die Stadt Remscheid sich zur Förderung von Diversität bekannt und lebt die Prinzipien seitdem in allen Fachbereichen.

Mit dem Engagement für die Bildungs- und Begegnungsstätte Pferdestall werden deutliche Zeichen gegen das Vergessen gesetzt. Der Oberbürgermeister informiert sich in regelmäßigen Austauschtreffen mit der Polizei, dem Verfassungsschutz, der Mobilen Beratung, dem Projekt Wegweiser und anderen überregionalen Institutionen über die aktuelle Situation in Remscheid mit Bezug auf Extremismus.

Mit dem Bürgerdialog schlägt der Oberbürgermeister eine Brücke zwischen Verwaltung und Bürgerschaft und macht ein Angebot der direkten Beteiligung an alle Einwohnerinnen und Einwohner.

Die Einladungen des Oberbürgermeisters zu religiösen Festen ermöglichen den respektvollen Austausch und der Verständigung.

In der Remscheider Ordnungspartnerschaft ROSI beschäftigen sich Verwaltung, Polizei, Justiz und andere regelmäßig damit, Schutz und Sicherheit für die Remscheiderinnen und Remscheider sicherzustellen. Die psychologische Beratungsstelle hat das Angebot des Landes „Für Demokratie und Respekt – Entschieden gegen Diskriminierung und Gewalt“ angenommen. Seit 2020 berät und unterstützt eine Person die Schulen in ihrem Engagement für die Werte der Demokratie und gegen möglich extremistische, menschenfeindlich und rassistische Entwicklungen. Das Kommunale Integrationszentrum wirkt mit Unterstützung des Landes NRW in starken Maße für die Anerkennung von Vielfalt, Diversität und gegen Rassismus in der Verwaltung und in der Stadtgesellschaft.

Es soll hier nicht unerwähnt bleiben, dass sämtliche Bildungseinrichtungen von den Kitas und den Schulen über die Jugendhilfe bis hin zur Erwachsenenbildung ihre Möglichkeiten nutzen, um Kindern und Jugendlichen gemeinsame Werte Demokratie, Respekt, Diversität und Toleranz verständlich und erlebbar zu gestalten. Besonders deutlich wird das an den vielen Schulen, die mittlerweile Teil des Netzwerks „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ geworden sind.

Ebenso selbstverständlich ist diese Arbeit in den zahlreichen Remscheider zivilgesellschaftlichen Initiativen, Verbänden und Vereinen. Verschiedene Religionsgemeinschaften seien hier genannt, die Wohlfahrtsverbände, die zahlreichen

Sportvereine, die außerschulischen Bildungsstätten, die öffentlichen und privaten Kultureinrichtungen und schließlich auch das Aktionsbündnis „Remscheid tolerant e.V.“. Allein diese wenigen Beispiele zeigen die Größe des Remscheider Netzwerkes. Gleichwohl wenn so viele am Thema arbeiten und gegen Diskriminierung, Antisemitismus, antimuslimischen Rassismus, Antiziganismus, gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und Rassismus mit ihren Mitteln zu Felde ziehen, müssen gemeinsame Strategien immer wieder weiterentwickelt und an aktuelle Entwicklungen angepasst werden. Der Anschlag in Hanau, bei so viele Menschen starben, der Mord an Dr. Walter Lübcke und die jüngsten antisemitischen Angriffe zeigen, dass diesen Bedrohungen immer wieder aufs Neue begegnet werden muss. Die vorgeschlagene Lenkungsgruppe wäre in der Lage schnell auf neue Entwicklungen zu reagieren und entsprechende Strategien zu entwerfen. Mehr noch: Sie könnte in die Zivilgesellschaft hineinwirken und wäre ein starkes Signal der Einigkeit und Klarheit gegen jede Art von Extremismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit.“⁵

1.4 Wahlergebnisse und Wahlerfolge rechter Parteien in Remscheid

Insgesamt lässt sich über den Vergleich der Wahlen seit 2014 feststellen (beobachten), dass die Zustimmung für rechte Parteien, analog zu bundes- und landesweiten Trends, auch in Remscheid insgesamt gestiegen ist, zumindest mit Blick auf die prozentualen Werte. Vor dem Hintergrund von unterschiedlichen Ausgangslagen bei Kommunal-, Landtags- und Bundestagswahlen lassen sich allerdings

⁵ Niederschrift der Ratssitzung vom 18.11.2021 (2021): S. 6-8

maximal erste Einschätzungen für Entwicklungen ableiten, die Hinweise geben können, aber angesichts der sehr unterschiedlichen Zusammensetzung der Bevölkerung, deren sozio-ökonomischer Situation und mit Berücksichtigung von teilweisen Wahlkreisänderungen mit großer Vorsicht zu interpretieren sind.

Zwar sind die Wahlquoten rechter Parteien bei den vergangenen Bundestags- als auch bei Landtagswahlen im Vergleich zu den vorletzten Wahlen geringer ausgefallen (Ergebnis Zweitstimme für AfD bei den Landtagswahlen 2022: 6,6 % und bei den Bundestagswahlen 2021: 8,6 %). Da aktuell Rechtspopulismus bundesweit im Aufwind ist, können erneut steigende Wahlquoten für die AfD bei den nächsten Wahlen auch in Remscheid vermutet werden. Ungeachtet der Remscheider Gesamtquoten gibt es zudem einzelne Wahlbezirke mit konstant hohen Zustimmungsquoten für rechte Parteien.

Auffällig ist, dass es in einigen Wahlbezirken überdurchschnittlich hohe Wahlergebnisse für rechte Parteien gegeben hat und zwar über alle letzten Wahlen auf den verschiedenen politischen Ebenen hinweg. Begründungen dafür bleiben aber spekulativ. Selbst wenn die sozio-ökonomischen Daten für die jeweiligen Bezirke hinzugezogen werden, lassen sich von den Ergebnissen keine eindeutigen Muster ableiten. Dies deckt sich auch mit den aktuellen Forschungen zum Wahlverhalten. So fassen Mannewitz und Rudzio in der 11. aktualisierten Auflage „Das politische System der Bundesrepublik Deutschland“ einen möglichen Zusammenhang wie folgt zusammen: „Die Parteiwählerschaften differieren sozial voneinander, allerdings nicht scharf genug, um die Parteipräferenzen in Deutschland allein auf den Faktor „soziale Schicht“ zurückzuführen.“⁶

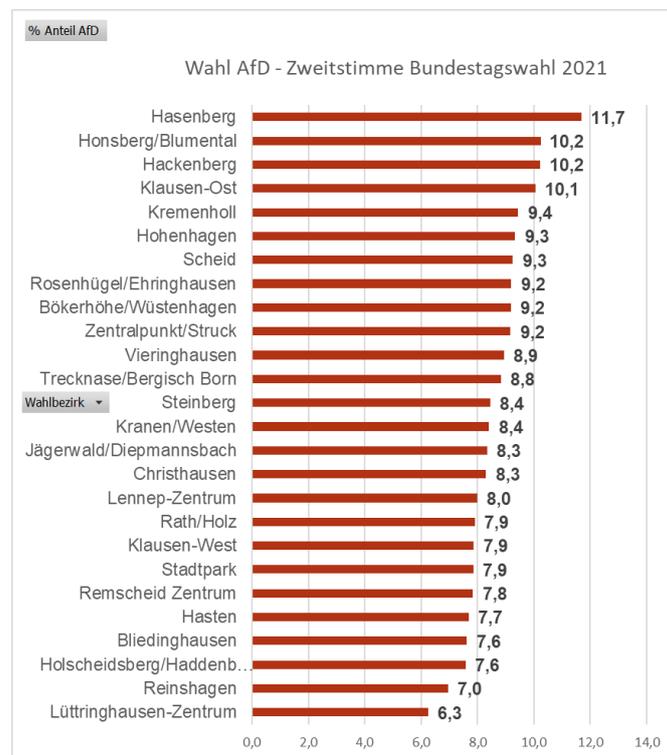


Abbildung 1: Vergleich der Wahlergebnisse rechter Parteien bei der Kommunalwahl 2020 und der Bundestagswahl 2021 unter Berücksichtigung der Wahlbezirke (Quelle: Stadt Remscheid: eigene Berechnungen: Maria Münstermann)

⁶ Mannewitz, Tom; Rudzio, Wolfgang: Das politische System der Bundesrepublik Deutschland. 11. Auflage. Springer. 2022. S. 185

Zu einem etwas anderen Ergebnis könnte gelangt werden, wenn man auf die Wahlbeteiligung schaut. Hier ist deutlich, dass die Wahlbeteiligung in Wahlbezirken (oder in Sozialräumen/Stadtteilen) mit schlechten sozio-ökonomischen Rahmenbedingungen deutlich unter dem Durchschnitt liegt. Bei der Frage, inwieweit sich das auf die Zustimmung zu rechten Parteien auswirkt, ergibt sich allerdings ein uneinheitliches Bild.

Für die kommenden Jahre wird weiter und vor allem differenzierter zu analysieren sein, wie sich die Zustimmungswerte zu den jeweiligen Parteien und Gruppierungen in den Wahlbezirken entwickeln und inwieweit sozio-ökonomische und weitere Rahmenbedingungen, z.B. Bildungsstand, Migrationshintergrund u.a., zu den Prozessen beitragen. Es soll nicht unerwähnt bleiben, dass die Stadt Remscheid auch Austragungsort von Demonstrationen u.a. der Querdenkerszene war, die über eine Zeit nicht wenige Menschen erreicht hat. Auch diese Entwicklungen weisen darauf hin, dass die die Parteienbindung teils nachlässt und zugunsten kurzfristiger Entwicklungen und Einordnungen aufgeben bzw. stark verändert sein kann. Dies ist vor dem Hintergrund der Umsetzung der Handlungsempfehlungen von Bedeutung. Es wird im zukünftigen Lenkungsreis zu diskutieren sein, in welchen Bezirken mit welchen Methoden mit Blick auf die Entwicklung der zivilgesellschaftlichen Prozesse gearbeitet werden kann und soll. Ergebnisse und Analysen sollen vertieft werden und die Grundlage für weitere Diskussionen insbesondere auch mit Blick auf die demokratischen Prozesse bewertet und in die Umsetzungsschritte einbezogen werden.

1.5 Leitfadeninterviews

Von besonderer Relevanz für die Erarbeitung von effektiven Handlungskonzepten gegen Rechtsextremismus, Rassismus und damit einhergehenden Diskriminierungen ist es betroffene Menschen von Anfang an einzubinden, individuelle Erfahrungen mit Rassismus zusammenzutragen und den Austausch zu fördern. Aufgrund der finanziellen Situation war und ist es leider nicht möglich, eine groß angelegte quantitative Befragung durchzuführen, um die Dimensionen des institutionellen sowie individuellen Rassismus in Remscheid zu erfassen. Damit künftige Handlungskonzepte auf einem wissenschaftlichen Fundament aufbauen, wäre für die Zukunft eine derartige Datenerhebung sehr empfehlenswert.

Die seitens der KF zwischen August 2022 – Mai 2023 durchgeführten qualitativen Interviews wurden nicht nach wissenschaftlichen Standards geführt. Zwar wurde ein Leitfaden entwickelt, die Gespräche wurden jedoch nicht transkribiert, codiert und einer entsprechenden Inhaltsanalyse unterzogen. Nichtsdestotrotz halfen sie der KF Problemlage in der Stadt zu verstehen und diese Erkenntnisse an den Lenkungsreis weiterzugeben. Die KF hat die qualitativen Interviews, die anonymisiert wurden, mit Privatpersonen, Vertreter*innen von Migrant*innenorganisationen und Berater*innen unterschiedlicher Institutionen geführt. Die Akquise der Gesprächspartner*innen erfolgte im Vorfeld seitens der KF durch gezielte Anfrage per Mail oder telefonisch. Außerdem wurde das Projekt in dieser Anfangsphase beim Integrationsrat mit der Bitte um Gesprächstermine bei den einzelnen MSOs vorgestellt. Insgesamt konnten wir mit 44 Personen (davon waren 11 männlich und 33 weiblich) Leitfadengestützte Gespräche führen, welche entsprechend (s.o.) festgehalten wurden. Bei acht Personen handelte es sich um Berater*innen, neun Personen waren als Vertreter*in einer MSO dabei und alle anderen waren Privatpersonen. Zusätzlich gab es immer wieder vereinzelt Gespräche in unterschiedlichen Kontexten mit ähnlichen Themen, bei denen unterschiedliche Personen uns ihre Geschichten, Eindrücke und Einschätzungen schilderten. Diese Gespräche entstanden spontan und wurden nicht gemäß dem Leitfaden geführt. Trotzdem ähneln sie sich in ihren Inhalten schon sehr denen der Interviews weshalb sie den Gesamteindruck zumindest untermauern.

Es wurden zu folgenden Themen Leitfragen formuliert:

1. Wahrnehmung von Rechtsextremismus und Rassismus
2. Rassistische Diskriminierung
3. Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit (GMF)
4. Sicherheitsgefühl
5. Vertrauen in kommunale Institutionen/Akteure:
6. Folgen von Rechtsextremismus und Rassismus

Die Fragen wurden zur Gesamtsituation allgemein, dann aber auch in konkretem Bezug zur Situation in Remscheid gestellt. Folgendes konnte aus den Gesprächsergebnisse zusammengefasst werden:

zu 1.) Wahrnehmung von Rechtsextremismus und Rassismus

Zunächst ist es wichtig, dass wirklich alle der Befragten betonen, sich in Remscheid nicht von **Rechtsextremismus** bedroht sehen. Wohl aber spüren bzw. befürchten viele Gesprächspartner*innen eine Veränderung zum Negativen. Viele der Befragten verorten die konkrete Bedrohung seitens Rechtsextremer jedoch vor allem auf den Osten Deutschlands. Trotzdem gab es auch hier in Remscheid zwischen 2016 -2018 wiederholt Vorfälle bei denen Fensterscheiben oder auch Autos zerstört wurden und bei denen ein politisches Motiv naheliegt, da alle Geschädigten in der Integration- bzw. der Arbeit mit Geflüchteten zu tun haben. Seitens des Staatschutz wurden die Taten damals auch dementsprechend als Politische Taten eingestuft und entsprechende Ermittlungen eingeleitet, die jedoch nicht von Erfolg gekrönt waren.⁷ Auf politischer Ebenen sei auch in Remscheid zumindest der Rechtspopulismus und damit teilweise rechtsextremes Gedankengut, stärker geworden.

zu 2.) Rassistische Diskriminierung

Alle(!) Befragten haben die Frage, ob sie sich mit (rassistischer) Diskriminierung beschäftigen, deutlich bejaht. Das ergebe sich schon daraus, dass man ständig mit **Alltagsrassismus** konfrontiert werde. Insbesondere Schwarze, aber auch arabisch/muslimisch gelesene Menschen berichten dies häufig in Beratungssituationen. Im Bezug zu **Institutionellen/Strukturellen Rassismus** werden dann häufig „typische“ Situationen bei Behörden geschildert.

„Ich erwarte jede Sekunde Rassismus.“⁸

Gerade bei jungen, insbesondere männlichen Menschen mit internationaler Geschichte spiele, laut Aussagen einiger Berater*innen zudem das Thema **Racial Profiling** eine große Rolle. Vor dem Hintergrund der subjektiven Wahrnehmung einiger Klient*innen käme es immer wieder zu Kontrollen durch die Polizei bzw. im Öffentlichen Nahverkehr allein aufgrund des physischen Erscheinungsbildes oder aufgrund von ethnischen Merkmalen. Auch berichten Gesprächspartner*innen häufig von einem **ständigen Verteidigungs – und Leistungsdruck** und der Angst, Fehler zu machen. So werde bei Fehlverhalten häufig direkt auf die Herkunft geschlossen. Einige marginalisierte Gruppen wie etwa die der Sinti*zze und Rom*nja fühlen sich davon in besonderem Maße betroffen. Ebenfalls wird von

⁷Besonders drastisch ist die ein geschilderter Vorfall aus dem Jahr 2012. So wurden zwei Mitarbeiterinnen des IB (eine davon mit türk. Background) am frühen Abend in den Beratungsräumen des Internationalen Bundes von drei (offensichtlichen) Neonazis mit Hunden bedroht. Glücklicherweise gab es keinen körperlichen Übergriff, die psychischen Folgen wirken allerdings natürlich bis heute nach. Aufgrund der Tatsache, dass dieser Vorfall aber schon soweit zurückliegt, sei er hier nur am Rande erwähnt.

⁸ Auszug aus den zusammengefassten Ergebnissen der Interviews

einigen wahrgenommen, dass eine **Verstärkung von Rassismus auch durch die Medien** zu beobachten ist. Hier wäre differenziertes Wissen wünschenswert.

Auf die Frage, ob Mitglieder (z.B. in MSOs) oder Klient*innen von rechtsextremistischen oder rassistischen Ereignissen oder von eigenen Erfahrungen **in Remscheid** berichten, wurden viele Beispiele für alltägliche Diskriminierung geschildert. Diese sei vor allem auf dem Wohnungs- und Arbeitsmarkt vorzufinden. Ein großes Thema scheint zudem Institutioneller Rassismus, insbesondere an einzelnen Remscheider Schulen aber auch bei Behörden wie bspw. dem Jobcenter zu sein. Auch gebe es (rassistische) Diskriminierungen bis hin zu offen geäußerten Beleidigungen in Behörden/Öffentlichen Institutionen. Hier werden zum einen Beispiele für individuellen Rassismus einzelner Personen bspw. Mitarbeitende im Jobcenter oder bei anderen Ämtern genannt. Häufig stünden diese Vorfälle dann im Zusammenhang mit vorhandenen Sprachbarrieren. Außerdem käme es auch zu stereotypischen Verhalten insbesondere gegenüber männlichen Klienten aus z.B. arabischen Ländern (z.B. im Kontext des Generalverdachts von Häuslicher/ Sexualisierte Gewalt).

Es wurde bedauert, dass sofern Behörden mit rassistischen Vorfällen konfrontiert werden, nie eine erkennbare Reaktion erfolge.

„Institutioneller Rassismus ist „stillter“ Rassismus, weil es nicht gemeldet wird“⁹

Auch das Thema Racial Profiling spiele im ÖPNV aber auch bei den hiesigen Ordnungsdiensten immer wieder eine große Rolle für betroffenen Menschen. So berichten vor allem die Kolleg*innen aus den Beratungsstrukturen, dass insbesondere schwarze bzw. arabisch gelesene aussehende junge Männer von häufigen, oftmals unverhältnismäßigen Polizeikontrollen betroffen seien. Allgemein sei das Vertrauen in die örtliche Polizeibehörde nicht besonders ausgeprägt.

zu 3.) Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit (GMF)

Vor allem hinsichtlich **Antimuslimischen Rassismus** spielen Medien aus Wahrnehmung einiger Gesprächspartner*innen eine große Rolle. So wiesen sie darauf hin, dass muslimische Menschen seit 09/11 allgemein viel stärkere Ablehnung, viel mehr Islamfeindlichkeit erfahren. In diesem Zusammenhang wurde von Ausgrenzung bis hin zu Kriminalisierung gesprochen in der Berichterstattung der deutschen Medienlandschaft. Einige der Gesprächspartner*innen bemerkten, dass es in der breiten Bevölkerung immer noch keine Akzeptanz praktizierender Muslime gebe. Seit der sog. Flüchtlingskrise habe sich die Situation u.a. für vor allem arabisch gelesene Menschen, die schon vorher vielleicht sogar schon immer in Deutschland leben, drastisch verschärft. Viele Muslimische Gesprächspartnerinnen berichten, dass insbesondere Kopftuch tragende muslimische Frauen ständig von **intersektionaler Diskriminierung** betroffen seien. Dies wirke sich vor allem bei der Arbeitssuche aus.

„Das Kopftuch bietet immer einen Grund zur Diskriminierung.“¹⁰

Mit Beginn des russischen Angriffskrieges in Russland und den vielen Menschen, welche aus der Ukraine fliehen müssen, beobachten die Kolleg*innen in den Beratungsstrukturen ein neues Phänomen. Übereinstimmend berichten alle von der rechtlichen und sozialen **Ungleichbehandlung von geflüchteten Menschen**, fast schon einer Priorisierung von Ukrainer*innen vs. allen anderen Geflüchteten. Diese Klassifizierung in „gute“ und „schlechte“ Geflüchtete wird als rassistisch eingestuft und provoziere wiederum neue Konflikte. Darüber hinaus berichten auch einige von einer deutlich spürbaren

⁹ ebd.

¹⁰ ebd.

Zunahme von **antislawischem Rassismus**. Mittlerweile trauen sich viele nicht mehr sich als Russ*innen zu erkennen geben, sogar Kinder in den Schulen müssten sich ständig zum Krieg äußern und Position beziehen.

zu 4.) Sicherheitsgefühl

Allgemein empfinden einige der Befragten, dass die Gefahr von Rassismus und Rechtsextremismus zugenommen hat und weiter zunimmt. Alle berichten, dass man mit Sorgen in die Zukunft blicke (genannt werden die Anschläge und Übergriffe oder auch eine Partei wie die AfD). Viele befürchten, dass sich durch die Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage in Deutschland/Europa auch Rassismus bzw. rassistische Agitation wirksamer werden.

Während der Beratungsgespräche bspw. in der Flüchtlingsberatung werden die Klient*innen nicht explizit nach ihrem individuellen Sicherheitsgefühl befragt. Allerdings nehmen die Berater*innen wahr, dass die Betroffenen sich nicht nur Sorgen im Hinblick auf Diskriminierungen und Anfeindungen machen, sondern vorrangig hinsichtlich ihrer individuellen prekären Lebensverhältnisse bspw. aufgrund des unsicheren Aufenthaltsstatus (Was passiert in der Nacht, werde ich vielleicht abgeholt und abgeschoben?).

Bei einer Befragten (Sie ist Russin) hat sich das individuelle Sicherheitsgefühl durch die veränderte politische Lage verschlechtert. Sie positioniert sich einerseits als entschiedene Gegnerin des Kriegs und gleichzeitig nimmt sie verstärkt antislawischem Rassismus war.

Insbesondere Angehörige der Sinti Community in Remscheid berichten, dass deren Sicherheitsgefühl auf Gesamtdeutschland bezogen, nie besonders ausgeprägt war. Es werden viele Beispiele für Antiziganismus genannt. So wurde sich beispielsweise gefragt, warum eine Remscheider Kinderärztin (in den 90ern) immer ein kleines „Z“ neben den Namen der Kinder vermerkt habe.

“ So ein kleiner Eintrag am Rande verändert viel und hat riesengroße Auswirkungen auf das Leben“.¹¹

Zu 5.) Vertrauen in kommunale Institutionen/Akteure:

Den kommunalen Strukturen wird im Großen und Ganzen vertraut. Das konkrete Engagement der Kommune gegen Rassismus/Diskriminierung scheint jedoch zumindest bei den Betroffenen kaum wahrgenommen zu werden. Zudem seien auch viele Betroffene nicht ausreichend über ihre Rechte hinsichtlich des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes informiert. Aus diesen Gründen wäre es für die nahe Zukunft wichtig eine Servicestelle für Antidiskriminierungsarbeit zu installieren.

zu 6.) Folgen von Rechtsextremismus und Rassismus

Auf die Fragen nach den **Folgen von Rassismus bzw. rassistischer Diskriminierung** antworten nahezu alle, dass die allermeisten Betroffenen mittlerweile resignieren. Häufig würden geschilderte Erfahrungen von (rassistischer) Diskriminierung ohnehin seitens Nicht-Betroffener kleingeredet und bagatellisiert. Viele scheinen, so berichten vor allem Berater*innen, aber auch Vertreter*innen von MSOs, vor allem in Situationen in denen ein großes Machtgefälle vorherrscht (z.B. in Polizeikontrollen), völlig eingeschüchtert und können sich nicht gegen Rassismus wehren. Dies gelte vor allem für jene mit

¹¹ ebd.

Sprachbarrieren. Als weitere Folgen von Rassismus bzw. rassistischer Diskriminierung wird geschildert, dass viele, besonders gut qualifizierte Menschen über Auswanderung bzw. Rückkehr nachdenken.

Zudem berichteten vor allem Berater*innen, eine der **spürbaren Veränderungen innerhalb der letzten Jahre** sei, dass das Thema viel mehr im Fokus bei einer breiteren Bevölkerungsschicht steht. Für die Betroffenen waren und sind (rassistische) Diskriminierungen allerdings immer präsent. Nichts desto trotz käme bspw. der bewusstere Umgang mit Rassismen und Stereotypen u.a. in der Sprache mittlerweile auch bei denen an, die bislang noch nie mit dem Thema zu tun hatten. So beobachteten einige Gesprächspartnerinnen, dass sich u.a. auch im Angebot an Workshops/ Fortbildungen/ Veranstaltungen zum Themenbereich widerspiegeln.

„Es war immer da, aber nun wird es öffentlich gemacht!!!“¹²

Diese Präsenz führe gleichzeitig auch zu äußerst kontroversen Debatten. Wichtig in diesem Zusammenhang sei, dass ALLE bei dem Thema abgeholt würden und eventuelle vorhandenen Befürchtungen in die gemeinsame Auseinandersetzung einbezogen werden.

Fazit

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass alle Befragten bereits Erfahrungen mit Rassismus und verschiedenen Formen von Diskriminierung gemacht haben. Zudem nehmen alle Befragten eine Veränderung der Situation wahr. Dabei wird die Zukunft als eher sorgenvoll betrachtet. In Remscheid fühlen sich die Menschen dennoch relativ sicher, vermutlich auch weil aktuell keine aktive organisierte rechte Szene öffentlich in Erscheinung tritt. Dennoch, und so wird es von fast allen Gesprächspartner*innen gefordert, kann und muss immer mehr gegen Rassismus, Rechtsextremismus und Diskriminierung getan werden und zwar nicht nur seitens der Zivilgesellschaft!

„Ich glaube nicht, dass der Staat genug gegen Rassismus und Rechtsextremismus macht.“¹³

Es muss außerdem daraufhin gewiesen werden, dass es bei den hier zusammengefassten Gesprächsergebnissen um ein Stimmungsbild aus der Zeit zwischen August 2022 – Mai 2023 handelt. Es bleibt abzuwarten, wie sich die Situation bei einer erneuten Befragung zu einem späteren Zeitpunkt, unter Berücksichtigung der bundesweiten Entwicklung darstellen würde.

1.6 Erkenntnisse der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus

Für das vorliegende Handlungskonzept, war und ist es natürlich unerlässlich die aktuellen Entwicklungen im Bereich Rechtsextremismus bzw. Extreme Rechte Szene im Bergischen Land, speziell in Remscheid im Blick zu behalten. Aus diesem Grund gab es einen regelmäßigen Austausch mit den Kolleg*innen der Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus NRW (MBR), die zu einem aufgrund ihrer Expertisen entsprechende Hintergrundinformationen, sowie eine Einschätzung der Lage auf Remscheid bezogen liefern konnten. Auf den konkret geäußerten Wunsch des Lenkungskreises wurde auch ein Kollege der MBR zu einem Treffen eingeladen, bei dem er über die aktuelle Situation hinsichtlich Rechtsextremismus im Bergischen Land, speziell in Remscheid berichtete. Zusammenfassend wurde Folgendes mitgeteilt:

¹² ebd.

¹³ ebd.

Die Einschätzungen der MBR decken sich mit denen der Koordinierenden Fachstelle NRWeltoffen. So tritt die organisierte rechtsextreme Szene in Remscheid derzeit zumindest nicht aktiv in Erscheinung und ist wenig präsent. In der Vergangenheit waren neonazistische Formierungen wie Freundeskreis Rade auch in Remscheid aktiv. Heute nehmen sie keine besondere Stellung ein. Dennoch: auch wenn rechtsextreme Gruppierungen nicht sichtbar sind, bedeutet dies nicht, dass es sie nicht mehr gibt. An dieser Stelle wurde die allgemein zu beobachtende Strategie der Rechtsextremen betont: Extremistische Gruppierungen, die Gewalt befürworten sind „stiller“ geworden, weil sie den Rechtsruck in der Gesellschaft nicht stören und die Erfolge der AfD nicht gefährden wollen. Die Kolleg*innen der MBR raten außerdem dazu die sog. Freie Szenen weiterhin im Blick zu haben.

Zudem müsse durchaus darauf hingewiesen werden, dass es in Remscheid Gruppierungen der Türkischen Community gibt, die offenbar den sog. Grauen Wölfen nahestehen. Allgemein gilt, dass je nach Ausrichtung der jeweiligen Gemeinden dort laut Verfassungsschutz Islamische, ultranationalistische oder rassistische/antisemitische Inhalte dominieren. Inwiefern dies in Remscheid der Fall ist, sollte zumindest beobachtet werden.

Darüber hinaus sei auf der politischen Ebene in Remscheid zumindest der Rechtspopulismus und damit teilweise rechtsextremes Gedankengut präsent.

In diesem Zusammenhang rät die MBR dazu, bei Gelegenheit zu überprüfen, ob es eine parlamentarische Strategie im Umgang mit der AfD gebe und falls ja, ob diese noch passend sei. Ferner könnte auch das Empowerment für Mitglieder des Stadtrats in ausgebaut werden, sofern dies gewünscht wird. Auch der Austausch mit den Ordnungsbehörden bspw. auch eine strategische Vernetzung mit dem Staatsschutz im Sinne von präventiven Maßnahmen wäre sicherlich sinnvoll. Die MBR kann hier entsprechenden Kontakte herstellen.

Abschließend wurde berichtet, dass die sogenannten Mischszenen (Bürger, die tatsächlich Sorgen haben und Rechtsextreme) die aktuelle Herausforderung für Kommunen darstelle, weil dieses Phänomen neuartig sei und entsprechend nicht ausreichend Wissen darüber herrsche, wie mit ihr umzugehen sei. Des Weiteren sei im bürgerlichen Spektrum weiterhin die Bereitschaft da, mit Nazis gemeinsam zu demonstrieren und Allianzen einzugehen, was ein großes Problem wäre. Was das Spektrum der sogenannten Querdenker betreffe, so scheint sich auch diese Szenen etwas beruhigt zu haben. Zwar sind die einschlägigen Telegrammchats noch aktiv, aber offenbar kann die Szene in Remscheid nicht mehr sonderlich erfolgreich agieren. Im Bergischen Land findet jedoch eine starke Vernetzung insbesondere zwischen Solingen, Wuppertal, Radevormwald und Hattingen statt. Dies gilt auch für die Vernetzung mit der extremen Rechten hier insbesondere mit Radevormwald und Hattingen. Allgemein ist die Tendenz der Rechten zu beobachten, das politische Ereignisse (bspw. Corona, Flutkatastrophe, der russischer Angriffskrieg auf die Ukraine, usw.) instrumentalisiert werden um bspw. gezielt Falschinformationen, sowie Verschwörungstheoretische (rechtsextremistische) Narrative zu verbreiten und für die eignen Zwecke zu mobilisieren.

Ein wichtiger Ansatz für Kommunen sei die Vernetzung zivilgesellschaftlicher und staatlicher Akteure und der Abbau der Angststimmung, die durch Rechte instrumentalisiert und bestärkt werde. Auch der richtige Umgang mit Verschwörungstheorien, die nicht immer rechts zu verorten seien, stelle einen wichtigen Ansatz dar.

2 Begriffsbestimmungen

Im Folgenden soll kurz dargestellt werden, welchem Verständnis von Rassismus und Diskriminierung während des gesamten Erarbeitungsprozesses des Handlungskonzeptes gefolgt wurde. Im Allgemeinen wird sich dabei an der Bundesstelle für Antidiskriminierung orientiert:

2.1 Rassismus

Die UN-Antirassismuskonvention definiert rassistische Diskriminierung als «jede auf der vermeintlichen ethnischen Herkunft, »Rasse«, Hautfarbe, Abstammung oder nationalen Ursprungs beruhende Unterscheidung, Ausschließung, Beschränkung oder Bevorzugung, die zum Ziel oder zur Folge hat, dass dadurch ein gleichberechtigtes Anerkennen, Genießen oder Ausüben von Menschenrechten und Grundfreiheiten im politischen, wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen oder jedem sonstigen Bereich des öffentlichen Lebens vereitelt oder beeinträchtigt wird». Die Aufteilungen in «Rassen» nach vermeintlichen oder tatsächlichen Merkmalen wie der Hautfarbe oder Herkunft und die Zuschreibung bestimmter und unterschiedlich bewerteter Eigenschaften sind willkürlich und ganz überwiegend ein Mittel, Menschen herabzuwürdigen und auszuschließen. Auf rechtlicher Ebene wird zwischen rassistischen und anderen abstammungsbezogenen Diskriminierungen unterschieden, die Sanktionen sind bei rassistischer Diskriminierung wie auch Diskriminierung aufgrund der ethnischen Herkunft jedoch die gleichen. Es gibt viele Formen von Rassismus. Unterschieden wird beispielsweise zwischen anti-Schwarzem, antimuslimischem oder antiasiatischem Rassismus.

Den größten Anteil der Beratungsanfragen bei der Antidiskriminierungsstelle des Bundes machen jene zur Diskriminierung aus rassistischen Gründen oder wegen der ethnischen Herkunft aus. Für eine tiefergehende Auseinandersetzung mit der Thematik, bietet die Antidiskriminierungsstelle zahlreiche Informationsmaterialien, die sich mit dem Schutz vor rassistischer Diskriminierung befassen an (u.a. auch auf ihrer Homepage)¹⁴

2.2 Diskriminierung

Diskriminierung ist die ungleiche, benachteiligende und ausgrenzende Behandlung von konstruierten Gruppen und diesen zugeordneten Individuen ohne sachlich gerechtfertigten Grund. Diskriminierung kann sich zeigen als Kontaktvermeidung, Benachteiligung beim Zugang zu Gütern und Positionen, als Boykottierung oder als persönliche Herabsetzung. Der Begriff bezeichnet sowohl den Vorgang als auch das Ergebnis, also die Ausgrenzung und strukturelle Benachteiligung der diskriminierten Personen und Gruppen. Die Durchsetzung von Diskriminierung setzt in der Regel soziale, wirtschaftliche, politische oder diskursive Macht voraus. Diskriminierung ist nicht auf individuelles Handeln beschränkt, sondern auch in gesellschaftlichen, politischen, wirtschaftlichen und rechtlichen Strukturen verankert. Um dies deutlich zu machen, wird zwischen Diskriminierung auf subjektiver, interaktioneller, institutioneller, gesellschaftlich-kultureller und struktureller Ebene unterschieden.¹⁵

2.3 Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit (GMF)

Das Konzept der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit lag einem zehnjährigen Forschungsprojekt des Instituts für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung der Universität Bielefeld zugrunde, das von 2002 bis 2012 durchgeführt worden ist. Seit 2014 wird das Konzept in den alle zwei

¹⁴ vgl. <https://www.antidiskriminierungsstelle.de/DE/ueber-diskriminierung/diskriminierungsmerkmale/ethnische-herkunft-rassismus/ethnische-herkunft-rassismus-node.html>

¹⁵ vgl. <https://www.idaev.de/recherchetools/glossar>

Jahre erscheinenden „Mitte-Studien“ der Friedrich-Ebert-Stiftung fortgeführt. Im Zentrum steht dabei die Frage, wie Menschen mit unterschiedlicher sozialer, religiöser und ethnischer Herkunft sowie mit verschiedenen Lebensstilen in der weiß-deutschen Mehrheitsgesellschaft wahrgenommen werden und Projektionsfläche für feindselige Einstellungen sind.¹⁶

2.4 Antisemitismus

Antisemitismus basiert auf einer doppelten Unterscheidung. Die Wir-Gruppe wird zunächst als «Volk», «Staat», «Nation», «Rasse», «Identität», «Kultur» oder Religion von anderen «Völkern», «Staaten» usw. unterschieden. Diese Einheiten werden in einer antisemitischen Logik immer als wesenhafte, einheitliche und harmonische Gemeinschaften verstanden. «Die Juden» werden ihnen dann als Gegenprinzip gegenübergestellt. Durch eine entsprechende Stereotypisierung werden «die Juden» für alle verunsichernden und als negativ empfundenen Umstände politischer, ökonomischer und kultureller Modernisierungsprozesse verantwortlich gemacht. Außerdem wird ihnen die Bedrohung und «Zersetzung» jener sich als angeblich ursprünglich vorgestellten Gemeinschaft zugeschrieben. Daraus ergeben sich der Glaube an eine in Gut und Böse eingeteilte Welt, an das Wirken verborgener Mächte und Verschwörungen als weitere Grundelemente des Antisemitismus. Da «die Juden» in dieser Logik die personifizierte Bedrohung darstellen, beinhaltet Antisemitismus außerdem die Umkehr von Opfern und Täter:innen und die Diskriminierung – bis zur Vernichtung von Menschen, die als «Juden» markiert werden, – auf institutioneller und gesellschaftlich kultureller Ebene. Antisemitische Stereotype rechtfertigen diese Diskriminierungen. Als wichtige Formen von Antisemitismus werden verschiedenen Typisierungen unterschieden: christlicher, rassistischer, sekundärer, israelbezogener und NS-vergleichender Antisemitismus bzw. antizionistischer und islamistischer/islamisierter Antisemitismus.¹⁷

2.5 Antiziganismus

„Antiziganismus ist die spezifische Form des Rassismus. Es ist eine historisch entstandene Konstruktion, die sich gegen Gruppen richtet, die als sogenannte 'Zi' wahrgenommen und stigmatisiert werden.“¹⁸

"Rom" bedeutet Mensch – und hat sich als Sammelbegriff und Selbstbezeichnung für die vielfältigen Gruppen von Gruppen von Roma und Romnija in Europa etabliert. Als Sinti und Sintize bezeichnen sich die Angehörigen einer Teilgruppe, die seit dem 15. Jahrhundert im deutschen Sprachraum und in Mitteleuropa zu Hause sind. Rassistische Vorurteile gegen Sinti und Roma sind bis heute weit verbreitet – romantisierende Bilder genauso wie abwertende. Viele Angehörige der Minderheit erfahren in ihrem Alltag Diskriminierung.

Auch in der Sprache findet Diskriminierung statt. Der Begriff Antiziganismus selber ist umstritten, weil er die abwertende Fremdbezeichnung "Zig" beinhaltet. Er wird trotzdem von einigen Roma-Organisationen verwendet, auch um die darin enthaltenen rassistischen Zuschreibungen sichtbar zu

¹⁶ vgl. ebd.

¹⁷ vgl. ebd

¹⁸ <https://www.demokratie-leben.de/magazin/magazin-details/was-ist-antiziganismus-55>

machen, welche von tatsächlichen Lebenswirklichkeiten völlig unabhängig sind. Im vorliegenden andlungskonzept benutzen auch wir den Begriff, da er sich weitestgehend etabliert hat und einem größeren Teil der Gesellschaft bekannt ist.^{19 20}

2.6 Antimuslimischer Rassismus (AMR)

Antimuslimischer Rassismus ist ein kulturalistisch argumentierender Rassismus, der sich gegen Muslim:innen und gegen Menschen richtet, die als Muslim:innen markiert sind, und zwar unabhängig davon, ob die Betroffenen tatsächlich den Islam praktizieren und wie religiös sie sind. B. religiöse Kleidung, Aussehen, Namen oder Staatsangehörigkeit. Aus ihnen werden eine «ethnisch» gefasste Herkunft, eine «Abstammung» und eine religiöse und kulturelle Zugehörigkeit abgeleitet und einem «Wir» als Gegensatz gegenübergestellt. Sie werden in deterministischer Weise auf Individuen übertragen, um ihr Verhalten zu erklären, soziale Ungleichheiten, Ausschlüsse und Dominanz zu rechtfertigen, die Privilegien der jeweiligen Wir-Gruppe aufrechtzuerhalten und eine auf Homogenität ausgegerichtete nationale Gemeinschaftskonstruktion zu stabilisieren.²¹

2.7 Institutioneller Rassismus

...Institutioneller Rassismus resultiert aus der Anwendung formeller und informeller „ungeschriebener“ Gesetze, Regeln, Vorschriften, Normen und Verfahren. In seiner direkten Form erlauben formelle und informelle Regeln eine gezielte Unterscheidung und Ungleichbehandlung von rassistisch diskreditierbaren Menschen gegenüber fraglos Dazugehörigen. In seiner indirekten Variante werden formelle und informelle Handlungsmuster und Regeln der Gleichbehandlung, die in den Mitgliedschaftsbedingungen einer Institution eingeschrieben sind, auf alle gleichermaßen angewandt, haben aber auf rassistisch diskreditierbare Menschen diskriminierende Auswirkungen. Rassismus ist hier also das Ergebnis einer Gleichbehandlung, die die unterschiedlichen Voraussetzungen von Personen nicht berücksichtigt. Das ist z. B. der Fall, wenn Schulen das Vermitteln der Bildungssprache Deutsch nicht als ihre Aufgabe, sondern Deutschkenntnisse als Voraussetzung betrachten, die Kinder schon mitbringen müssen. Formen von institutionellem Rassismus sind Seiteneffekt-Rassismus und past-in-present-Rassismus. Institutioneller Rassismus führt dazu, dass der Zugang zu Ressourcen, Partizipation und Anerkennung sowie die Möglichkeit, ihre Potenziale auszuschöpfen, für einige Menschen trotz des Gleichheitsgrundsatzes eingeschränkt sind, während andere dabei privilegiert sind.²²

2.8 Rechtsextremismus

Eine einheitliche Definition des Rechtsextremismus gibt es nicht, da in großen Teilen der Wissenschaft etwas Anderes unter dem Begriff verstanden wird als die amtliche Definition des Verfassungsschutzes und der nahestehenden „Extremismustheorie“. Darüber hinaus ist umstritten, was die Elemente eines rechtsextremen Weltbilds sind und ab welchem Intensitätsgrad von einem geschlossen

¹⁹ vgl. <https://www.bpb.de/themen/rassismus-diskriminierung/antiziganismus/>

²⁰ Eine ausführlichere Beschreibung zur Kritik am Begriff findet sich z.B. auf https://www.idaev.de/recherchetools/glossar/glossar-detail?tx_dpnglossary_glossary%5Baction%5D=show&tx_dpnglossary_glossary%5Bterm%5D=4&tx_dpnglossary_glossarydetail%5Bcontroller%5D=Term&cHash=80ce40f1b206eb96e755bdf059f15b22

²¹ vgl.

<https://www.idaev.de/recherchetools/glossar>

²² https://www.idaev.de/recherchetools/glossar?tx_dpnglossary_glossary%5Baction%5D=list&tx_dpnglossary_glossary%5Bcontroller%5D=Term&tx_dpnglossary_glossary%5BcurrentCharacter%5D=I&cHash=9367410d1e1c89a2dd492f7cc56bc332

rechtsextremen Weltbild gesprochen werden kann. Zumindest darauf, dass eine Ideologie der Ungleichheit fester Bestandteil des Rechtsextremismus ist, können sich die allermeisten Wissenschaftler*innen aber einigen. Demnach werden Menschen anhand von konstruierten „Rassen“ oder „Ethnien“ in „natürliche“, unabänderliche Kollektive eingeteilt. Durch den Ausschluss all derer, die „von Natur aus“ nicht zum Kollektiv gehören, soll das Ziel erreicht werden, dass ethnisch-homogene Völker in Regionen zusammenleben, die entlang ethnischer Trennlinien definiert werden. Indem die rechtsextreme Argumentation dem Kollektiv eine vorrangige Stellung gegenüber dem Individuum zuschreibt, widerspricht sie den Grundlagen der liberalen Demokratie, die sich ihrerseits am freien, gleichen und selbstbestimmten Individuum orientiert.²³

2.9 Extreme Rechte

Die Bezeichnung „Extreme Rechte“ ist eine Begriffsalternative zum Begriff Rechtsextremismus, die deutlich macht, dass Ideologien der Ungleichheit und diskriminierende Einstellungen nicht ausschließlich am rechten Rand, sondern ebenso in der Mitte der Gesellschaft vertreten sind. Dies ist ein Schluss der in vielen Definitionen des Rechtsextremismus nicht gezogen oder zumindest nicht deutlich genug herausgestellt wird. Die Bezeichnung „extreme Rechte“ steht dann für jene Bevölkerungsanteile, die Ausgrenzungspraktiken am umfassendsten durchsetzen beziehungsweise deren Umsetzung am umfassendsten einfordern. Der Teil der Gesellschaft, der vereinzelt rechte Ansichten teilt, jedoch nicht in der Intensität, dass er zur „extremen Rechten“ zählt, wird als „etablierte Rechte“ eingeordnet.²⁴

3 Der Remscheider Weg

Seit dem 01.01.2022 ist auch Remscheid Teil des kommunalen Förderprogramms NRWeltoffen, das als Anlass genutzt werden soll, eine nachhaltige und strategische Antidiskriminierungspolitik zu implementieren, um sicher zu stellen, dass sich alle Menschen in Remscheid sicher und respektiert fühlen.

Für das Projekt NRWeltoffen erhielt die Stadt bis zum 31.12.2023 eine Fördersumme in Höhe von 146.970 €. Eine Verlängerung des Projektes ist sowohl seitens der Stadt als auch des freien Trägers Stadtteil e.V. beantragt und bewilligt. Ziel ist es, gezielt gegen Rechtsextremismus, Rassismus sowie andere menschenverachtenden Ideologien vorzugehen und sicher zu stellen, dass alle Bürgerinnen und Bürger in der Stadt gleiche Chancen und Rechte haben. Durch die Implementierung von den Handlungsempfehlungen, die der Lenkungskreis NRWeltoffen formuliert hat, möchte die Stadt konkrete Schritte gegen rechtes, antisemitisches und menschenverachtendes Gedankengut auf den Weg bringen. Die Bandbreite der Handlungsempfehlungen ist groß und die Lenkungskreis ist zuversichtlich, dass die Umsetzung die Stadt zu einem noch inklusiveren und vielfältigeren Ort machen wird, an dem alle Menschen gerne leben und wissen, dass sie Rassismus und Rechtsextremismus nicht einfach hinnehmen müssen, sondern durch ihre Stadt unterstützt werden, die vehement solche menschenverachtenden Ideologien ablehnt.

²³ https://www.idaev.de/recherchetools/glossar?tx_dpnglossary_glossary%5Baction%5D=list&tx_dpnglossary_glossary%5Bcontroller%5D=Term&tx_dpnglossary_glossary%5BcurrentCharacter%5D=R&cHash=d5b75586cb9a6dde7411cc68f9223b7e

²⁴ https://www.idaev.de/recherchetools/glossar/glossar-detail?tx_dpnglossary_glossary%5Baction%5D=show&tx_dpnglossary_glossary%5Bterm%5D=184&tx_dpnglossary_glossarydetail%5Bcontroller%5D=Term&cHash=66e51b761f769d7da01f3df9d7bc537c

3.1 Der Lenkungskreis: Konstituierung und erste Schritte

Alle NRWtoffen Kommunen und so auch Remscheid bestehen aus einer Koordinierenden Fachstelle (KF) und dem Lenkungskreis. In Remscheid bilden zwei Mitarbeiterinnen die KF, wobei beide erst sechs Monate nach dem Beginn des Projektes ihre Arbeit aufnehmen konnten. Seit dem 01.07.2022 ist jeweils eine Mitarbeiterin beim freien Träger „Stadtteil e.V.“²⁵ und bei der Stadtverwaltung Remscheid im Fachdienst 02 „Geschäftsbereich des Oberbürgermeisters“ angesiedelt. Getragen von dem Ziel, den Prozess in Zivilgesellschaft, Politik und Verwaltung gleichermaßen zu initiieren, wurde diese Konstruktion bewusst gewählt und vom Rat der Stadt Remscheid bestätigt.

Die Zusammensetzung des Lenkungskreises wurde vor der Beschäftigung der beiden Mitarbeiterinnen vom Rat der Stadt Remscheid beschlossen und setzt sich aus *„dem Oberbürgermeister als Extremismusbeauftragten, der Bürgermeisterin und den Bürgermeistern, Vertreterinnen und Vertretern aus Sport, Polizei, Kultur, Jugendhilfe, Schule und Wohlfahrtsorganisationen, des Kommunalen Integrationszentrums, des Jugendrates und des Integrationsrates sowie der Freiwilligen Feuerwehren, der Organisationen des Katastrophenschutzes und der Hilfsorganisationen, der Gewerkschaften, des Seniorenbeirats und des Beirat für die Gleichstellung der Menschen mit Behinderungen mit dem Ziel, auf der Basis der vielfältigen Aktivitäten in unserer Stadt eine gemeinsame Strategie für Demokratie und Vielfalt gegen Extremismus zu entwerfen ...“*²⁶.

In der **Auftaktveranstaltung** am 22.04.2022 referierte der Radiomoderator und Autor Jürgen Wiebicke über das Thema „Demokratie, Vielfalt und die Welt der Ichlinge“. In seinem Plädoyer für eine aktive und positiv beschriebene Demokratie hebt er die Möglichkeiten der Engagierten, etwas zu bewegen genauso hervor wie die Gestaltung guter nachbarschaftlicher Orte. Wenn es genügend engagierte und leidenschaftliche Demokrat*innen im Sinne der demokratischen Tugenden gäbe, seien letztlich die „rechten Scheinriesen“ leicht in die Schranken zu verweisen. An guten Orten, mit denen sich die Menschen verbunden fühlten und sich identifizieren könnten, könne gemeinschaftlich viel gelingen. In der anschließenden Diskussion wird der Apell aufgegriffen und diskutiert.

Am 23. Mai 2022 folgte die **konstituierende Sitzung des Lenkungskreises** unter der Leitung des Remscheider Oberbürgermeisters Burkhard Mast-Weisz, der in seinen einführenden Worten auf die Bedeutung des Themas für die Stadtgesellschaft hinwies. Dieser jetzt einberufene Kreis habe, so der Oberbürgermeister, die Aufgabe, in diesem und im kommenden Jahr ein Handlungskonzept zu erarbeiten. Seine Zusammensetzung beruhe auf dem Beschluss des Rates und solle vor allem die Diversität der Zivilgesellschaft abbilden, um eine möglichst breite Teilhabe vieler einerseits zu gewährleisten und andererseits in den Erarbeitungsprozess die unterschiedlichsten Perspektiven einzubringen. Im Wesentlichen sei der Lenkungskreis frei in seiner Arbeitsweise. Mit Unterstützung der Koordinierenden Stelle könnten Themen bestimmte Arbeitskreise zur Vertiefung gebildet werden. Geplant seien aber regelmäßige Treffen des gesamten Lenkungskreises, in denen Informationen weitergegeben,

²⁵ Der Stadtteil e.V. nimmt im Auftrag der Stadt Remscheid, des Landes NRW und des Bundes Aufgaben in den Bereichen Kinder- und Jugendhilfe, Stadtteilsozialarbeit, Migrationsdienst, Migrationsberatung für erwachsene Zuwanderer und Interkulturelles Zentrum, Soziale Beratung für Flüchtlinge, Familienbildung und Altenhilfe wahr. Er ist öffentlich anerkannter Träger der freien Jugendhilfe gem. §75 SGB 8, anerkanntes Interkulturelles Zentrum gem. Richtlinien des Landes NRW und aufgenommen in das Aktionsprogramm Mehrgenerationenhäuser des Bundesfamilienministeriums.

²⁶ Auszug aus dem Ratsbeschluss vom 18.11.2021

Referentinnen und Referenten geladen oder die Wissensbasis der gesamten Gruppe auf Wunsch erweitert werden könnten.

In einem moderierten Prozess beschäftigten sich die Anwesenden vor allem mit dem Thema des Alltagsrassismus und identifizierten Orte und Begebenheiten, in denen Ausgrenzung und Rassismus besonders häufig wahrgenommen würden. Dies diene als Grundlage für die kommenden Sitzungen.

Ausgehend von den ersten beiden Auftaktveranstaltungen und der Tatsache, dass organisierter Rechtsextremismus in der Stadt kaum Raum einnimmt – wobei rechtsextreme Tendenzen erkennbar sind, hat sich der Lenkungskreis (LK) der Stadt Remscheid dazu entschieden, den Fokus auf Rassismuskritik zu setzen und Konzepte zu erarbeiten, die gezielt Rassismus in seinen Ausprägungen auf den unterschiedlichen Ebenen der Stadt bekämpfen und Opfern effektive Hilfe leisten. Die Feststellung des Lenkungskreises, dass gerade Alltagsrassismus sowie institutioneller Rassismus ein großes Problem darstellt, konnte auch durch die Gespräche der Koordinierenden Fachstelle mit unterschiedlichen Migrant*innenorganisationen und Beratern bestätigt werden, auf die im weiteren Verlauf des Konzeptes eingegangen wird.

3.2 Arbeitsweise des Lenkungskreises

Am **14.09.2022** fand das **dritte Treffen** der Lenkungskreis NRWeltoffen. Zu Beginn der Sitzung stellten sich die beiden neuen Mitarbeiterinnen vor, die die Koordinierende Fachstelle (KF) bilden. Dann wurden, um in die Thematik einzuführen, wurden zwei Kurzfilme gezeigt, die Rassismus im Wohnungsmarkt und bei Behörden zum Gegenstand hatten.

Nach einer kurzen Diskussion wurden Gruppen gebildet, um Leitfragen zu dem Handlungskonzept zu erarbeiten und diese anschließend im Plenum vorzustellen.

Leitfragen an die Lenkungskreis zur Erarbeitung des Handlungskonzept

- Welche Themen sollten bei einem Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus und Rassismus nicht fehlen?
- Wann wäre das Handlungskonzept ein Erfolg?
- Was ist uns im Prozess der Entwicklung des Handlungskonzeptes wichtig?
- Wohin/ Worauf müssen wir für eine umfassende Bearbeitung des Handlungsfeldes/der Handlungsfelder schauen?

Die Leitfragen und ihre Ausarbeitung durch die Gruppen kann dem Protokoll zum Treffen im Anhang entnommen werden.

Grundsätzlich ist festzuhalten, dass sich die Gruppen klare Definitionen der Begriffe Rassismus, Rechtsextremismus, Diskriminierung etc. wünschen. Des Weiteren gaben viele Gruppen an, dass die praktische Nähe des ausgearbeiteten Konzeptes von besonderer Relevanz ist sowie eine Kontinuität der Arbeit gegen Rechtsextremismus, Rassismus und andere Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Auch der Aspekt der Barrierefreiheit bzw. Anwendbarkeit wurde von vielen Gruppen aufgeführt. Die Maßnahmen, die letztlich entwickelt werden, sollen für alle Menschen zugänglich sein. Bei der Entwicklung der Konzepte sei auch die Partizipation der Öffentlichkeit wichtig

Am **16.11.2022** fand die **vierte Sitzung** der Lenkungskreis NRWeltoffen statt. Auf zuvor konkret geäußerten Wunsch der Teilnehmenden war die **Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus NRW (MBR)**

eingeladen worden. Ein Kollege der MBR berichtete über die aktuelle Situation hinsichtlich Rechts-
extremismus im Bergischen Land, speziell in Remscheid. Der Inhalt dieses Vortrags wurde bereits im
Kapitel 1.6 Erkenntnisse der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus zusammengefasst.²⁷

Nach dem Lagebericht seitens der MBR folgte die **Abstimmung über die Handlungsfelder**. In Anlehnung an den Evaluationsbericht „NRWeltoffen“ und den Handlungsfeldern, die der LK identifiziert hat, wurde über insgesamt elf Handlungsfelder abgestimmt. Die Anwesenden hatten die Möglichkeit, für sechs der elf aufgelisteten Handlungsfelder zu stimmen. Die Stimmverteilung sah wie folgt aus:

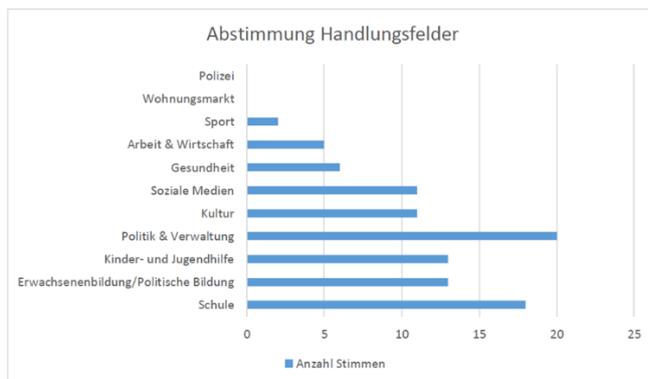


Abbildung 2: Auswahl der Handlungsfelder

Die Teilnehmenden hatten im Anschluss an die Abstimmung die Möglichkeit, sich für die Arbeitsgruppen zu den ersten sechs Handlungsfelder (Politik & Verwaltung, Schule, Kinder- und Jugendhilfe, Politische Bildung/Erwachsenenbildung, Soziale Medien und Kultur) einzutragen.

Am **22.03.2023** kam die Lenkungskreis zum **fünften Mal** zusammen. Bei diesem Treffen wurde zunächst anhand der Landingpage, die Homepage von NRWeltoffen Remscheid präsentiert, so wie sie zum damaligen Zeitpunkt aktuelle war.

Der zweite Teil des Treffens bestand in der **Vorstellung der Ergebnisse der Arbeitskreise** zu den jeweiligen Handlungsfeldern. Alle fünf Arbeitskreise hatten sich von Januar bis März 2023 jeweils 3x sowohl in Präsenz als auch online getroffen und gemeinsam erste Handlungsempfehlungen erarbeitet. Neben Mitgliedern der Lenkungskreis waren jeweils auch externe Personen aus unterschiedlichen Intuitionen und Fachbereichen anwesend, deren jeweiligen Expertisen von großem Nutzen für den gesamten Arbeitsprozess waren. Im Folgenden sind die Arbeitskreise aufgeführt:

- Arbeitskreis Schule
- Arbeitskreis Politische Bildung/Erwachsenenbildung
- Arbeitskreis Politik und Verwaltung
- Arbeitskreis Kinder – und Jugendhilfe
- Arbeitskreis Social Media und Kultur

Abschließend wurden die Ergebnisse in der Gruppe diskutiert und Ergänzungen bzw. weitere Vorschläge gesammelt

Beim **sechsten Treffen** des Lenkungskreises am **20.06.2023** wurde zunächst das bis dato bestehenden Handlungskonzeptes vorgestellt. Wichtig war an dieser Stelle der Hinweis, dass es sich dabei lediglich um die Erstfassung des Textes handelte. Die Teilnehmenden sollten jedoch einen Einblick in

²⁷ s.a. Seite 16-18

den Arbeitsprozess erlangen. Daraufhin erfolgte die **Darstellung der Handlungsziele und – empfehlungen zu den jeweiligen Bereichen.**

Anhand der Leitfragen, die bereits am 14.09. gemeinsam diskutiert wurden, konnte das Konzept im weiteren Verlauf inhaltlich überprüft werden. Dabei konnten Änderungswünsche, Vorschläge gesammelt werden. Abschließend erfolgte eine Konkretisierung der Handlungsziele und – empfehlungen.

Am **30.10.2020** traf sich Lenkungskreis zum **siebten Mal**. Bei diesem Treffen wurden die Leitbilder zu den jeweiligen Handlungsfeldern erarbeitet. Anschließend erfolgte eine intensive Diskussion, sowie eine detaillierte Bearbeitung der Handlungsziele und – empfehlungen. Außerdem wurden noch wichtige Punkten für das Fazit zusammengetragen. Abschließend erfolgte die **Verabschiedung des Handlungskonzeptes** seitens der Lenkungskreis.

Die Arbeitskreise

Nachdem Mitte November 2022 die Handlungsfelder seitens der Lenkungskreis ausgewählt wurden, entschied der Lenkungskreis zu den jeweiligen Handlungsfeldern entsprechende Arbeitskreise (AK) zu bilden. Diese bestanden neben einzelnen Mitgliedern der Lenkungskreis auch aus externen Fachleuten der jeweiligen Thematik, die gezielt eingeladen wurden. Durch diese, teilweise sehr heterogene Zusammensetzung konnten ein möglichst großes Expertenwissen generiert und neue Netzwerke auch für die zukünftige Arbeit aufgebaut werden.

Alle fünf AKe haben sich im Zeitraum Januar 2023 bis Mitte März 2023 insgesamt je dreimal getroffen. In allen Arbeitskreisen wurde damit begonnen, auf Basis der wichtigsten Ergebnisse unterschiedliche, dem Handlungsfeld entsprechende, wissenschaftlichen Studie vorzustellen um einen Einstieg ins Themenfeld zu geben. Anschließend wurden die Ergebnisse diskutiert und an das Plenum des Lenkungskreises zurückgespiegelt. So trugen sie zur Entwicklung von entsprechenden Handlungsempfehlungen und ersten Maßnahmen bei.

3.3 Handlungsfelder und Handlungsempfehlungen

Nach der Auswahl der Themen wurde beschlossen, zu den jeweiligen Handlungsfeldern entsprechende Arbeitskreise zu bilden. Diese bestanden neben einzelnen Mitgliedern der Lenkungskreis auch aus externen Fachleuten der jeweiligen Thematik, die gezielt eingeladen wurden. Durch diese, teilweise sehr heterogenen Zusammensetzung konnten ein möglichst großes Expertenwissen generiert und neue Netzwerke auch für die zukünftige Arbeit aufgebaut werden. Da sich je zu wenige Personen bereit erklärt haben, an dem Handlungsfeld Kultur und Social Media mitzuwirken, wurden diese beiden Handlungsfelder im späteren Verlauf zusammengelegt. Im Verlauf des Entstehungsprozesses des vorliegenden Konzeptes wurde außerdem deutlich, dass alle Handlungsempfehlungen dieses Arbeitskreises viel sinnvoller den Handlungsfeldern Politik und Verwaltung bzw. Politische Bildung/ Erwachsenenbildung zuzuordnen sind. Aus diesem Grund haben wir das Handlungsfeld Social Media und Kultur komplett aufgelöst. Die Handlungsempfehlungen konzentrieren sich nun auf die restlichen Handlungsfelder:

Hervorzuheben ist an dieser Stelle, dass insbesondere die Teilnehmenden innerhalb der Arbeitskreise konsequent mitgearbeitet und wertvolle Beiträge geliefert haben. Ihr Engagement, ihre Erfahrung und ihr fundiertes Wissen waren und sind unverzichtbar für die Arbeit der Koordinierenden Fachstelle und haben erheblich zur Entwicklung der Handlungsempfehlungen beigetragen. Die unterschiedlichen Arbeits- und Herangehensweisen innerhalb der Arbeitskreise spiegeln sich auch in den

folgenden Handlungsempfehlungen, die im Ergebnis und in ihrer jeweiligen Entwicklung näher beleuchtet werden.

3.3.1 Politik und Verwaltung

Leitbild: Politik und Verwaltung sind allen Einwohnerinnen und Einwohner gleichermaßen verpflichtet. Sie stellen sich aktiv gegen jede Form von Rassismus, Antisemitismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und fördern Diversität auf allen öffentlichen Handlungsebenen.

Der Arbeitskreis „Politik und Verwaltung“ hat sich insgesamt dreimal getroffen. In diesen Sitzungen hat er konkrete Ziele und Handlungsempfehlungen formuliert und mit dem Wunsch nach Umsetzung verbunden. Letzteres sei angesichts der aktuellen Entwicklungen dringlicher denn je.

Bei seiner Arbeit orientierte er sich an dem 10-Punkte-Aktionsplan der Europäischen Städtekoalition gegen Rassismus (ECCAR). Die ECCAR-Initiative (European Coalition of Cities against Racism) wurde 2004 von der UNESCO ins Leben gerufen und stellt eine Initiative zur Schaffung eines Netzes von Städten dar, die am Erfahrungsaustausch bezüglich ihrer Maßnahmen zur Bekämpfung von Rassismus, Diskriminierung und Fremdenfeindlichkeit interessiert sind und diese verbessern wollen. Die ECCAR betont die Relevanz der Zusammenarbeit aller Akteur*innen vor Ort, insbesondere der Personen, die von Diskriminierung betroffen sind, um sicherzustellen, dass die internationalen und nationalen Maßnahmen angewandt werden und auf die entsprechenden Probleme effektiv reagieren. Des Weiteren hebt die ECCAR hervor, dass Kommunen eine Schlüsselposition einnehmen, wenn es darum geht, sicherzustellen, dass alle Bürgerinnen und Bürger, unabhängig von ihrer Nationalität, ethnischen, kulturellen, religiösen oder sozialen Herkunft, in Würde, Sicherheit und Gerechtigkeit leben können. Die von der UNESCO beschlossene Initiative der Europäischen Städtekoalition gegen Rassismus wird vom UN-Hochkommissariat für Menschenrechte und der weltweit größten Organisation von Kommunen, United Cities and Local Governments (UCLG), unterstützt²⁸.

In demselben Jahr, in dem die ECCAR gegründet wurde, wurde auch der 10-Punkte-Aktionsplan verabschiedet, der von jeder europäischen Stadt unterzeichnet werden kann. Durch die Unterzeichnung sagen die Mitgliedsstädte zu, dass der Aktionsplan Teil ihrer Strategie und Programms gegen Rassismus wird und sie „die notwendigen personellen, finanziellen und materiellen Ressourcen zu seiner effektiven Umsetzung zur Verfügung stellen werden“²⁹. Die Städte können dabei frei auswählen, welche Maßnahme sie umsetzen wollen, abhängig davon, welche ihnen am wichtig und besonders relevant erscheint. Ziel ist es, dass jede Stadt mindestens eine Maßnahme aus dem Aktionsplan umsetzt. Für die Umsetzung des Aktionsplans wird die Zusammenarbeit der verschiedenen städtischen Abteilungen empfohlen sowie die aktive Teilhabe der Zivilgesellschaft.³⁰

Der Aktionsplan umfasst folgende Punkte:

1. Verstärkte Wachsamkeit gegenüber Rassismus
2. Bewertung der örtlichen Situation und der kommunalen Maßnahmen
3. Bessere Unterstützung für die Opfer von Rassismus und Diskriminierung
4. Bessere Beteiligungs- und Informationsmöglichkeiten für die Bürger/innen
5. Die Stadt als aktive Förderin gleicher Chancen

²⁸ vgl. ECCAR o.J.

²⁹ Meier, Nicoletti, Starl, Paul Lappalainen (Hrsg.): Toolkit for Equality- Städtische Politik gegen Rassismus - ECCAR 10 Punkte Aktionsplan. Graz – Stockholm – Potsdam, 2017, S.8

³⁰ ebd.

6. Die Stadt als Arbeitgeberin und Dienstleisterin
7. Chancengleichheit auf dem Wohnungsmarkt
8. Bekämpfung von Rassismus und Diskriminierung durch Bildung und Erziehung
9. Förderung der kulturellen Vielfalt
10. Rassistische Gewalttaten und Konfliktmanagement

Der Arbeitskreis Politik und Verwaltung hat einige Punkte leicht modifiziert sich dazu entschieden, dass Folgendes für Remscheid von besonderer Relevanz sind: (1) Einrichtung eines Beratungsgremiums, (2) Datenerhebung, (3) Einrichtung einer Antidiskriminierungsstelle, (4) Aufnahme von Antidiskriminierungsbestimmungen in städtischen Verträgen, (5) Anonymisierte Bewerbungsverfahren, (6) Chancengleich auf dem Wohnungsmarkt, (7) Förderung der kulturellen Vielfalt.

Alle Mitglieder des AK haben mehrfach betont, wie wichtig es Ihnen ist, dass die besprochenen Punkte – wenn auch nicht alle – in die Praxis umgesetzt werden.

Im Folgenden soll auf die vom AK beschlossenen Punkte detaillierter eingegangen werden. Hinsichtlich der **ersten beschlossenen Handlungsempfehlung** ist festzuhalten, dass in Remscheid bereits ein Beratungsgremium im Rahmen von NRWeltoffen entstanden ist. Der Lenkungskreis NRWeltoffen stellt aktuell dieses Gremium dar. Es ist der Wunsch des AK, dass dieser auch unabhängig von der Projektlaufzeit weiter bestehen bleibt. Es ist wichtig, dass die Mitglieder des Gremiums auf einen guten Wissensstand gebracht werden und sich untereinander besser vernetzen. So sollte jedes Mitglied ein Grundwissen über die Themen Rassismus und Rechtsextremismus haben und wissen, welche Angebote in Remscheid bereits existieren, um bei Bedarf die betroffenen Personen an die entsprechenden Ansprechpartner weiterzuleiten. Die **Datenerhebung (Punkt 2)** ist sehr relevant, weil ohne konkrete Daten auch keine konkreten Lösungen ausgearbeitet werden können. In diesem Zusammenhang ist eine engere Zusammenarbeit mit der Sozialplanerin der Stadt notwendig. In Bezug auf die **(3) Antidiskriminierungsstelle** sollte sowohl über die Einrichtung einer solchen Stelle und ihre inhaltliche, konzeptionelle und räumliche Verortung entschieden werden. Entsprechend wurde vorgeschlagen, dass es sinnvoll wäre, in Austausch mit den Antidiskriminierungsstellen anderer Städte zu treten und danach zu fragen, wie sie aufgestellt sind, was Stärken und Schwächen dieser Aufstellung sind. Die **(4) Aufnahme von Antidiskriminierungsbestimmungen in städtischen Verträgen** wäre auf ihre Realisierbarkeit zu prüfen. Die Stadt könnte zukünftig in Ausschreibungen Vorgaben zu Antidiskriminierungsbestimmungen machen. Für die Umsetzung von **(5) anonymisierten Bewerbungsverfahren** ist eine Zusammenarbeit von Personalamt und Personalrat erforderlich, um ein entsprechendes Konzept gemeinsam zu erarbeiten. Um **(6) Chancengleichheit auf dem Wohnungsmarkt** zu erreichen, könnte eine Zusammenarbeit mit den großen Wohnungsbaugesellschaften stattfinden, allen voran mit der GEWAG, an der die Stadt Anteile hat und auch Aufsichtsräte entsendet. Des Weiteren ist in diesem Zusammenhang auch auf die Notwendigkeit des dritten Punktes, die Etablierung einer Antidiskriminierungsstelle zu verweisen, die im Fall einer Diskriminierung Hilfestellung leisten soll. Zur **(7) Förderung der kulturellen Vielfalt** hält der Arbeitskreis fest, dass eine finanzielle Förderung von langfristigen Projekten notwendig ist. Aktuell konzentriert sich der Stadtrat auf die zwei Initiativen „10+1 Bäume für die Opfer des NSU“ und „Pfade der Heimat“.

Im Folgenden sind alle erarbeiteten strategischen Ziele mit den entsprechenden Handlungsempfehlungen, ersten Ideen für Maßnahmen und entsprechende Akteure in tabellarischer Form aufgeführt:

Ziele	Handlungsempfehlungen	Maßnahmen	Handelnde
Verstärkte Wachsamkeit gegenüber Rassismus	Verstetigung des Lenkungskreises aus Politik, Verwaltung und zivilgesellschaftlichen Akteurinnen und Akteuren unter Einbeziehung weiterer Gruppen wie dem Kommunalen Weiterbildungszentrum, Remscheid Tolerant etc.	Regelmäßiger Austausch mit Betroffenen, zivilgesellschaftlichen Akteur*innen und mit externen Fachleuten (z.B. Mobile Beratung/Wegweiser). Abstimmung bei Aktionen. Arbeit transparent gestalten, Wissen verfügbar machen, Umsetzung weiterführen.	Oberbürgermeister (federführend) Lenkungskreis Rat der Stadt
Beitritt zu ECCAR (European Coalition of Cities against Racism)	Die Prinzipien von ECCAR und anderen Formaten in Politik und Verwaltung kommunizieren.	Diskussion über den Beitritt in den Rat der Stadt Remscheid tragen. Umsetzungsmodelle zu ECCAR entwickeln und implementieren.	Rat der Stadt Remscheid Oberbürgermeister Verwaltung
Bewertung der örtlichen Situation	Datenerhebung auf Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit erweitern. Monitoring von Aktivitäten und Maßnahmen von Verwaltung, Zivilgesellschaft und Politik.	Überprüfung der aktuellen Datenlage und ggf. Anpassung an aktuelle Gegebenheit Umfrage zur Betroffenheit, Einbeziehung der (Er-) Kenntnisse des Kommunalen Integrationszentrums, der Sozialplanung, des Behinderten- und Seniorenbeauftragten, der Gleichstellungsbeauftragten und externer Institutionen Erfassung und Evaluation von Aktivitäten und Diskussion der Ergebnisse in Zusammenarbeit mit der Lenkungskreis Befassung der Themen durch ROSI (Remscheider Ordnungs- und Sicherheitsinitiative)	Sozialplanung Kommunales Integrationszentrum Behinderten- und Seniorenbeauftragung Gleichstellungsstelle Koordinierende Fachstelle NRWeltoffen Oberbürgermeister Beteiligte der ROSI
Bessere Unterstützung der Betroffenen von Rechtsextremismus, Antisemitismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit	Aufbau einer Antidiskriminierungsstelle als Beratungsorganisation für Betroffene	Konkretisierung der Aufgaben einer solchen Einrichtung in bei entsprechender Förderung	Rat Oberbürgermeister Verwaltung
Die Stadt als aktive Förderin gleicher Chancen	Aufnahme von Antidiskriminierungsbestimmungen in die Gestaltung von öffentlichen Verträgen.	Heranziehen von entsprechenden bestehenden Beispielen, schrittweise Implementierung.	Oberbürgermeister Verwaltung

Ziele	Handlungsempfehlungen	Maßnahmen	Handelnde
Die Stadt als Arbeitgeberin und Dienstleisterin	Diversität nach innen und außen sichtbar verankern.	<p>Weiterhin anonymisierte Bewerbungen ermöglichen.</p> <p>Charta der Vielfalt umsetzen/ Diversitätsmanagement in der Stadtverwaltung verstärken,</p> <p>Barrierefreiheit und Inklusivität in allen Dienststellen sichtbar machen und Gründe für Veränderungsprozesse nach außen kommunizieren.</p> <p>Leichte Sprache und Mehrsprachigkeit in den publikumsorientierten Bereichen und bei Publikationen gewährleisten.</p>	<p>Oberbürgermeister Verwaltung Inklusionsrat und Seniorenrat Behinderten- und Seniorenbeauftragten, Inklusionsrat, Kommunales Integrationszentrum</p>
Chancengleichheit auf dem Wohnungsmarkt herstellen	Vereinbarungen mit Wohnungsbaugesellschaften und deren Aufsichtsräten über einen diskriminierungsfreien Wohnungsmarkt treffen.	Zahlen und Daten des Remscheider Wohnungsmarktes mit Blick auf mögliche Herausforderungen erheben und auswerten	<p>Dezernat 2.0 Dezernat 4.0</p>
Förderung der kulturellen Vielfalt	Nachhaltige und langfristige Projekte entwickeln	<p>Pfade der Heimat umsetzen</p> <p>10 + Bäume für die Opfer des NSU umsetzen</p> <p>Regelmäßige Angebote zur Begegnung schaffen → Mitmachen anstatt nur dabei sein!!!</p>	<p>Oberbürgermeister Technische Betriebe Stadt Remscheid Lenkungsreis Integrationsrat</p>
Bekämpfung von Hassreden und Fake-News	<p>Nutzung von Social Media Plattformen, um gegen Hassreden anzukämpfen.</p> <p>Social-Media-Kanäle z.B. der Stadt und des Jugendrates können auch als Aufklärungs- und Informationsquelle dienen.</p>	<p>Regelmäßige Veröffentlichung von interessanten und informativen Beiträgen zu unterschiedlichen Themen, einschließlich Hate-Speech.</p> <p>Erstellen von Tutorials, die den Bürgern zeigen, wie sie mit Hate-Speech, Fake-News und Verschwörungsmymen umgehen können.</p> <p>Dies stärkt die digitale Kompetenz und ermöglicht es den Menschen aktiv gegen Rassismus, gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, Antisemitismus und Rechtsextremismus einzutreten.</p>	<p>Oberbürgermeister Presse- und Öffentlichkeitsarbeit</p>

3.3.2 Kinder- und Jugendhilfe

Leitbild: Die Kinder- und Jugendhilfe unterstützt in partizipativen Prozessen Kinder und Jugendliche dabei Diversität zu verstehen und im Rahmen ihrer jeweiligen Umfeldler Verschiedenheit anzuerkennen.

Der aus der Lenkungsreis entstandene Arbeitskreis „Kinder- und Jugendhilfe“ setzte sich aus Vertretern der Kommune, freien Trägern und Mitglieder des Jugendrates zusammen. Es wurde ein Abriss der bestehenden Angebote mit Blick auf die Thematik gemacht, wobei Einigkeit darin bestand, dass diese Angebote auf verschiedenen Ebenen gegen Rechtsextremismus, -populismus und Rassismus ausgelegt sind. In den Kinder- und Jugendeinrichtungen, wie auch im Jugendrat sind diese Formen Alltag und werden in Form von Angeboten und Gesprächen aufgegriffen und thematisiert. Die Kinder- und Jugendförderung Remscheid versteht den Einsatz gegen Rassismus und für Vielfalt als Querschnittsaufgabe der gesamten Abteilung, der grundsätzlich mitgedacht werden soll.

Für die Erstellung des Handlungskonzepts von NRWtoffen werden an dieser Stelle exemplarisch die Arbeit des Jugendrates Remscheid und der Aufsuchenden Jugendarbeit (Streetwork) konkret mit praktischen Beispielen abgebildet.

Jugendrat Remscheid

Der Jugendrat Remscheid beschäftigt sich seit Beginn seines Bestehens 2004 intensiv mit den Themen Rassismus und Diskriminierung und setzt sich für ein friedliches Miteinander in Remscheid ein. Diesen Themen wurden von den 15 Jugendräten, die alle zwei Jahre von den Remscheider Jugendlichen neu gewählt werden, bisher in jeder Generation des Gremiums aufgegriffen.

Eigene Projekte gegen Rassismus und für Vielfalt

Der Jugendrat hat in der Vergangenheit einige „große“ Projekte zum Thema Anti-Rassismus begleitet oder durchgeführt, beispielhaft sind dies:

- Schilderaktion „Respekt-Kein Platz für Rassismus“
Im gesamten Stadtgebiet findet man diese Schilder, die gerade in öffentlichen Einrichtungen verdeutlichen, dass hier Intoleranz nicht geduldet wird. Zum Start wurde eine große Fotoaktion mit vielen Remscheider Bürgern und Bürgerinnen durchgeführt.
- United Soccer- Fußballturnier für Respekt
- Erstellung Video „Gegen Rassismus und Mobbing! Für Toleranz“ in Kooperation mit dem Wuppertaler Medien Projekt
- Projektgruppen zum Thema Vielfalt und gegen Rassismus

Fortbildungen / Workshops

Es finden Workshops zum Thema statt: Zum Beispiel in Zusammenarbeit mit dem Kommunalen Integrationszentrum „Meine-Deine Bilder im Kopf“ mit dem Referenten Birol Mertol.

Netzwerkarbeit

Neben seinen eigenen Projekten beteiligt sich der Jugendrat regelmäßig an Aktionen, die in Remscheid regelmäßig durchgeführt werden, wie z. B. die Internationalen Wochen gegen Rassismus oder bei der Kulturveranstaltung RS United.

Erinnerungsarbeit

Auch an Veranstaltungen im Rahmen der Erinnerungskultur in Remscheid wie zum Beispiel in der Gedenk- und Bildungsstätte Pferdestall Remscheid werden von den Jugendräten besucht.

Beteiligungsprojekt

Natürlich ist auch der Jugendrat selber ein gelebtes Beispiel für das gemeinsame Wirken von Remscheider Jugendlichen mit verschiedenen Nationalitäten und verschiedenen Religionen aus dem gesamten Stadtgebiet.

Aufsuchende Jugendarbeit (Streetwork)

- Durch die aufsuchende Arbeit tritt Streetwork mit Personen im öffentlichen Raum in Kontakt und kann auch bei Personen mit rassistischen und diskriminierenden Äußerungen einlenken, sowie eine tolerante, offene und vielfältige Haltung gegenüber allen Gruppen transportieren.
- Durch regelmäßige Besuche an der legalen Graffiti Wand „Wall of Fame“ in Lennep ist es Streetwork möglich verschiedene Stimmungen in der Gesellschaft einzufangen und darauf einzugehen.
- Durch kostenfreie Angebote im öffentlichen Raum lässt sich Benachteiligung vermindern und verhüten, zudem baut Streetwork so eine Beziehungsarbeit zu Betroffenen auf.
- Streetwork beteiligt sich an lokal bekannten Formaten und Veranstaltungen gegen Diskriminierung und Rassismus wie z. B. Remscheid United, IDAHOT und dem kommenden CSD.
- Eine enge Zusammenarbeit mit Netzwerkpartnern wie der Polizei, dem KOD, der AGOT oder dem KI findet ebenfalls statt.
- Streetwork beteiligt sich an Workshops gegen Diskriminierung und Rassismus, um unter anderem Kenntnis über die verschiedenen Formen zu gewinnen und sensibel auf Betroffene eingehen zu können.
- Themen wie Mobbing werden durch intensive Beziehungsarbeit angesprochen und aufgearbeitet. Zudem werden Betroffene oder aber auch Täter und Täterinnen sensibilisiert.

Selbstverständlich gibt es aber darüber hinaus auch in den Einrichtungen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit bei den Freien Trägern Angebote zu u.a. Diversitätssensiblen Bildungsarbeit. Im Bereich der Jugendarbeit innerhalb von MSO ist der Kenntnisstand diesbezüglich allenfalls rudimentär. Allgemein ist es sicherlich hilfreich für die zukünftige Arbeit eine Erhebung entsprechender Angebote zu machen. Dabei sollten besonders die MSOs einbezogen und zu ihrer Diversitätssensiblen Jugendarbeit befragt werden, auch um bei Bedarf entsprechend unterstützen zu können.

Der Arbeitskreis weist darauf hin, dass viele Schwerpunkte der Kinder- und Jugendarbeit gesetzlich vorgegeben und im Übrigen im Jugendförderplan der Stadt Remscheid festgehalten sind, der vom Rat der Stadt verabschiedet wurde. Einmal im Jahr berichtet die Arbeitsgemeinschaft der Offenen Türen dem Jugendhilfeausschuss und nimmt dabei Bezug auf aktuelle Entwicklungen. Dort ist die Jugendarbeit mit Blick auf Demokratieförderung, Diversität und Antirassismus regelmäßig Thema und wurde schon bei der Erarbeitung des Jugendförderplans in den Mittelpunkt gerückt. In Zukunft sollte jedoch das Thema Diversität in den kommenden Jugendförderplänen als eigener Punkt dargestellt werden. Hierbei sollte die Fragestellung in Richtung: „Wie divers sind wir eigentlich?“ formuliert werden.

Herausforderungen für die Jugendhilfe stellen sich immer wieder neu bspw. bei der Auseinandersetzung mit Jugendsprache. Im Alltag benutzen Jugendliche Wörter, die manchmal einen Anlass zu einem Gespräch darstellen würden. Hier muss gut differenziert werden, ob es sich um eine „jugendliche Ausdrucksform“ handelt, die (noch) in Ordnung ist oder ob einige Bezeichnungen rassistisch und

verletzend sind. Auch bei der „HipHop-Arbeit“ sei dies ein sehr aktuelles Thema, weil sich HipHop oft einer sexistischen Sprache bedient, die manchmal übergriffig ist. Angesichts der vielen Aufgaben der Jugendhilfe stellt sich vielfach die Frage nach einer ausreichenden Finanzierung, die sich aber allein im kommunalen Kontext nicht lösen lässt.

Demokratieerziehung, Verschiedenheit als positiv zu erleben und andere Formen der Wertevermittlung sind darüber hinaus auch Bestandteile der Arbeit in den Kindertageseinrichtungen und in der Offenen Ganztagsgrundschule und finden sich in allen Leitbildern der unterschiedlichen Trägerorganisationen. Das kommunale Integrationszentrum bietet regelmäßig Fortbildungen zu den relevanten Themen an, die von den Mitarbeitenden mehr oder weniger gut in Anspruch genommen werden. Daneben existieren institutionalisierte Arbeitskreise sowohl im Rahmen der Kitas als auch der Offenen Ganztagsgrundschulen, die eine gute Plattform für die Umsetzung der Handlungsempfehlungen bieten können.

Nach dieser Bestandsaufnahme wurden die Angebote hinsichtlich der Zielsetzung hinterfragt und neue Handlungsfelder erarbeitet. Es wurde jedoch auch betont, dass bestehende Maßnahmen zur Thematik in das Handlungskonzept aufgenommen werden sollten. Insgesamt sollte der Fokus vor allem auf bereits bestehenden Angeboten und, sofern nötig, auf deren Ausbau liegen. Nichtsdestotrotz sollten diese Angebote auch überprüft und ggf. modifiziert werden. Im Folgenden sind alle erarbeiteten strategischen Ziele mit den entsprechenden Handlungsempfehlungen, ersten Ideen für Maßnahmen und entsprechende Akteure in tabellarischer Form aufgeführt:

Ziele	Handlungsempfehlungen	Maßnahmen	Handelnde
Barrierefreiheit innerhalb der Einrichtungen aber auch hinsichtlich der Angebote	Jede Einrichtung/ Verein sollte die Barrierefreiheit nicht nur innerhalb der Einrichtungen (d.h. bauliche Maßnahmen, Toiletten etc.), sondern auch hinsichtlich der Angebote überprüfen.	Weiterentwicklung und Einsatz einer Checkliste zur ersten Überprüfung Auswertung der Jugendbefragung und Ableitung erster Ideen Das Thema Diversität sollte im kommenden Jugendförderplan als eigener Punkt dargestellt werden →Die Frage lautet: Wie divers sind wir eigentlich?	Jugendamt Jugendhilfeplanung AGOT
Wissenstransfer effektiv sicherstellen	Regelmäßig stattfindende Fortbildungen/ Workshops zu Themen der Rassismuskritischen Bildungs – und Antidiskriminierungsarbeit für Mitarbeitende und Ehrenamtliche	Fortbildungen oder Workshops, die sich mit aktuellen Themen wie „Argumentationshilfen bei rechtsextremen, diskriminierenden und rassistischen Aussagen“ oder auch „Radikalisierungsprozesse frühzeitig erkennen“ befassen und sich an Haupt- und Ehrenamtliche der Kinder- und Jugendarbeit richten. Jede Jugendhilfeeinrichtung richtet regelmäßig interne Fortbildungen für Mitarbeitende aus.	Jugendamt AGOT
Themen nach außen, „auf die Straße“ bringen	Verbesserung der Kommunikation über Angebote zum Themenbereich an eine breite Bevölkerungsgruppe	Gemeinsame öffentlichkeitswirksame Veranstaltungen (Ausstellung/Filmabende, Konzerte etc.) aller relevanten Akteure der Jugendarbeit, um nicht nur Schüler und Schülerinnen, sondern auch die Remscheider Gesellschaft zu sensibilisieren.	Lenkungskreis Politik Archive

Ziele	Handlungsempfehlungen	Maßnahmen	Handelnde
<p>Förderung von vorurteilsbewusster Bildung und Erziehung in Kindertagesstätten und Offenem Ganztag</p>	<p>Themen wie Diversität, Diskriminierung und Rassismus werden kindgerecht bearbeitet Erlangen von Barrierefreiheit auf vielen verschiedenen Ebenen (Sprache, Religion, usw.)</p>	<p>Regelmäßige Fortbildung von Mitarbeitenden zu den genannten Themen</p> <p>Durchführung eines Fachtags für Elementarbereich und Grundschulen</p> <p>Einbeziehung des Jugendamtselternbeirats Bedarfe werden ermittelt und dementsprechend standortgerechte Konzepte entwickelt</p> <p>ggf. Entwicklung eines Leitfadens gemeinsam mit den Kindern</p> <p>Fortführung der Trainings zur Förderung der Diversitätssensibilität an Berufsbegleitenden Schule (z.B. Käthe Kollwitz)</p> <p>In den Kitas wird ein entsprechendes Leitbild erarbeitet (ggf. Unterstützung durch Externe...)</p>	<p>Verwaltung "Tageseinrichtungen für Kinder" AG KITA Jugendamtselternbeirat OGS Koordinierende Fachstelle NRWeltoffen</p>
<p>Regelmäßige Sensibilisierungsarbeit zum Thema Diversität</p>	<p>Aufklärung/ Sensibilisierung von Eltern bezüglich rechtsextremer, deskribierender und rassistischer Strukturen/Entwicklungen – und zum Thema Diversität</p> <p>In der Zusammenarbeit mit Kindern und Jugendlichen gezielte Workshops anbieten, um Vorurteile gegenüber Religionen, sexuellen Orientierungen etc. abzubauen bzw. vorzubeugen, ebenso wie Austausch bezüglich Alltagsrassismus.</p>	<p>Infoabende für, aber auch gezielte Ansprache von Eltern</p> <p>Im Bereich von Kita und OGS →Gemeinsame (d.h. mit Kindern und ihren Familien) Entwicklung von Handlungsstrategien auf die individuelle Lebenssituation bezogen</p> <p>bedarfsorientierte Projekte/ Workshops/Filmabende etc. für Kinder und Jugendliche</p> <p>Angebote externer Fachleute: Mobile Beratung, Wegweiser usw.</p>	<p>Jugendamt Schulen AG Kita Stadtschulelternpflegschaft Jugendamtselternbeirat</p>

Ziele	Handlungsempfehlungen	Maßnahmen	Handelnde
<p>Unterstützung betroffener Kinder und Jugendlicher</p>	<p>Empowerment von Kindern und Jugendlichen, die von Rassismus oder Diskriminierung betroffen sind. Betroffene Kinder und Jugendliche müssen sich austauschen, stärken und Verbündete finden können!</p> <p>In jeder Einrichtung gibt es Antidiskriminierungsbeauftragte (ADA -Beauftragte)</p> <p>Das Thema soll in jeder Einrichtung so präsent sein, dass im Bedarfsfall sofort adäquat reagiert werden kann.</p> <p>Ermittlung des Kenntnisstands bzw. den individuellen Erfahrungen von Kindern und Jugendlichen hinsichtlich verschiedener Formen von Diskriminierung</p>	<p>Einrichtungen von Safe Spaces</p> <p>Workshops zum Thema Allyship³¹</p> <p>Gemeinsam eigenen Projekte entwickeln.</p> <p>Jede Einrichtung ernennt Interne ADA -Beauftragte, die sich regelmäßig untereinander austauschen (Unterstützung durch erfahrene Fachkräfte (z.B. Kommunales Integrationszentrum/ Antidiskriminierungsstelle/ NRWeltoffen)</p> <p>Bekanntmachung von verbindlichen Ansprechpartnern und Ansprechpartnerinnen und entsprechenden Strukturen (innerhalb der Einrichtung z.B. auch Antidiskriminierungsstellen)</p> <p>Bedarfsabfragen bei Kolleginnen und Kollegen</p> <p>Partizipation ermöglichen</p> <p>Angebote externer Fachleute nutzen</p>	<p>Jugendamt</p> <p>AGOT</p> <p>OGS</p> <p>Kitas</p> <p>Jugendrat</p> <p>Kommunales Integrationszentrum</p>

³¹ Allyship beschreibt den Prozess der aktiven Verbündetenschaft einer privilegierten Person mit Menschen aus einer gesellschaftlich unterdrückten Gruppe, s.a. Fachstelle Gender&Diversität NRW unter <https://www.gender-nrw.de/allyship/#:~:text=Allyship%20beschreibt%20den%20Prozess%20der,Verb%C3%BCndetenschaft%E2%80%9C%20ins%20Deutsche%20%C3%BCbertragen%20werden.,,> abgerufen am 01.09.2023, 14:05

3.3.3 Erwachsenen- und Politische Bildung

Leitbild: In der Erwachsenenbildung werden Räume zur Begegnung, zum Austausch, zur Sensibilisierung und zum Empowerment geschaffen.

Der Arbeitskreis „Erwachsenen- und Politische Bildung“ war bewusst heterogen zusammengesetzt - mit dem Ziel, das gleichnamige Handlungsfeld aus vielen unterschiedlichen Perspektiven heraus zu beleuchten. Neben Vertreterinnen der Volkshochschule waren auch der Seniorenbeirat, der Behindertenbeirat, VERDI und die Lebenshilfe, sowie die Diversitätsbeauftragte des Deutschen Röntgen-Museums vertreten. Die Gruppe traf sich insgesamt drei Mal. Zum Einstieg wurde die Zusammenfassung der neusten Mitte-Studie „Die geforderte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2020/21“, herausgegeben für die Friedrich-Ebert-Stiftung von Franziska Schröter, vorgestellt und innerhalb der Gruppe diskutiert. Daraus ergab sich insbesondere die Frage, wie man diejenigen Menschen, die sich im jüngst sogar größer gewordenen sog. „Graubereich“ befinden, sprich die sich nicht deutlich für bzw. gegen bestimmte gesellschaftliche Haltungen wie Antisemitismus, die Abwertung Langzeitarbeitsloser, etc. positionieren, durch politische Bildungsarbeit erreichen kann. Diese Frage wurde zu einer der zentralen Fragestellungen des Arbeitskreises.

Im Rahmen der Folgetreffen wurden verschiedene Statements formuliert, die die Grundlage für die unterschiedlichen für das Handlungsfeld Erwachsenenbildung/Politische Bildung erarbeiteten Maßnahmen darstellen. Konkret:

- Zugänge zur Politischen Bildung/ Erwachsenenbildung müssen für ALLE (unabhängig von Geschlecht, Herkunft, sozialem Status, Bildung, Alter, etc.) möglich sein
- Politische Bildung ist als lebenslanges Lernen zu verstehen, d.h. es müssen probate Zugänge für alle Altersgruppen von jung bis alt (konkret: bis ins hohe Alter) geschaffen werden.
- Um möglichst viele Menschen zu erreichen, müssen Zugangsbarrieren ermittelt und durch entsprechende Maßnahmen verringert/beseitigt werden.

Als besondere Herausforderung in diesem Zusammenhang wurde gesehen: 1) Menschen mit niedrigem Bildungsniveau bzw. Grundbildungsdefiziten für den Bereich der politischen Bildung zu interessieren und 2) Menschen mit geistigen (Teil-)Beeinträchtigungen für das Thema zu sensibilisieren und zielgruppengerecht in ihrer politischen Teilhabe zu stärken.

Grundsätzliches Ziel, so die konsensuale Auffassung des Arbeitskreises, sollte sein, im Kontext der Rassismuskritischen und Diversitätssensiblen Bildungsarbeit vermehrt auch Angebote im Bereich Erwachsenenbildung/Politische Bildung zu schaffen, die nicht nur an ein ohnehin schon politisch interessiertes (zumeist intellektuelles) Publikum adressiert sind, sondern auch diejenigen Zielgruppen in den Blick nehmen, die aufgrund von Zugangsbarrieren bislang kaum in dem besagten Bereich zu finden sind.

Die nachfolgende Tabelle gibt die für das Handlungsfeld definierten Ziele, Unterziele und Maßnahmen überblicksartig wieder:

Ziele	Handlungsempfehlungen	Maßnahmen	Handelnde
Interesse wecken	Neue Arten der Ansprache finden (z.B. für Menschen mit kognitiven Einschränkungen) Neue (niederschwellige) Formate entwickeln, Partizipationsmöglichkeiten schaffen	Nutzung von Bildgeschichten, Filmen, Ausstellungen, etc. Themen an „neuen“ Orten (ÖPNV, Supermarkt, u.ä.) öffentlichkeitswirksam platzieren	VHS BBZ Kommunales Weiterbildungszentrum
Ausbau der Vernetzung	Etablieren eines regelmäßigen spartenübergreifenden Austauschs	Fortführung des AKs Initiierung gemeinsamer Kampagnen	Lenkungskreis Arbeitskreise Integrationsrat Seniorenbeirat Inklusionsrat
Information/Aufklärung	Wissen vermitteln	Schaffung zielgruppenspezifischer Angebote, gerade auch im niederschweligen Bereich Die eigenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter müssen in ADA-Themen verpflichtend qualifiziert werden	Koordinierende Fachstelle Weiterbildungseinrichtungen Gleichstellungsstelle
Sensibilisierung (für Nicht-Betroffene)	Perspektivwechsel erzeugen Eigene Privilegien bewusstmachen Machtkritische Haltung fördern	Schaffung von Begegnungsangeboten Durchführung von Workshops zu intersektionellen Diskriminierungsformen z.B. den Themen Critical Whiteness u. Allyship Die eigenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter müssen in ADA Themen qualifiziert werden	Bildungsträger Lenkungskreis Externe Anbieter
Empowerment (für Betroffene)	Über Rechte aufklären Hilfsangebote (z.B. ADA-Servicestellen) bekannt machen, Partizipationsmöglichkeiten schaffen	Einrichtung von sog. Safe Spaces Durchführung von Argumentationstrainings für Betroffene (z.B. Angehörige von Verschwörungstheoretiker*innen)	Bildungsträger Lenkungskreis Externe Anbieter

Ziele	Handlungsempfehlungen	Maßnahmen	Handelnde
Diversität und Teilhabe ist auch im Kulturbetrieb selbstverständlich	Mögliche Zugangsbarrieren müssen ermittelt und abgebaut werden	Checkliste zur Überprüfung, um dann entsprechende Handlungsstrategien zu entwickeln Veranstaltungen möglichst divers aufstellen, d.h. gezielt „markierte“ Personen einladen, um weiße Normen aufzubrechen (Vielfalt als Bereicherung/ als Normalität)	Alle Kultureinrichtungen
Stimmen der Betroffenen sichtbar machen	Perspektiven und Erfahrungen der Betroffenen müssen einbezogen werden	Nutzung der Social-Media-Kanäle u.a. der Stadt, aber auch der demokratischen Parteien, um an bestimmten Tagen z.B. „Tag der Demokratie“, „Tag des Flüchtlings“ kurze Beiträge zu machen Durchführung von Filmfestivals zu unterschiedlichen Themen wie Rassismus, verschiedene Kulturen usw. als Plattform für den interkulturellen Dialog und das gegenseitige Verständnis.	Oberbürgermeister Verwaltung Pressestelle Kultureinrichtungen

Damit es gelingt, die vorgenannten Ziele und Handlungsempfehlungen zu erreichen, ist es notwendig,

- a) ein generelles Bewusstsein dafür zu schaffen, dass Erwachsenenbildung/Politische Bildung im Kontext von Antidiskriminierungsarbeit unabdingbar ist
- b) die Zielgruppen, die mittels der jeweiligen Ziele und Unterziele adressiert werden sollen, festzulegen und
- c) Zugangsbarrieren konkret zu benennen und abzubauen.

Warum also ist Erwachsenenbildung/Politische Bildung im Kontext von Antidiskriminierungsarbeit unverzichtbar?

Die Antwort ist:

- damit Sachinformationen bereitgestellt, Hintergründe erläutert und so die eigene Urteilsfähigkeit des/der Einzelnen gefördert werden kann
- damit die Meinungsbildung gestärkt und die sachliche Auseinandersetzung erlernt werden können
- damit ein Verständnis für gesellschaftliche Zusammenhänge entwickelt und das Miteinander austariert werden
- damit Haltung demonstriert und eigens gebildet werden kann
- damit klar wird, dass „Wegschauen“ zu keinem Zeitpunkt eine gangbare Option darstellt
- damit Bedarfe ermittelt und Möglichkeiten aufgezeigt werden können, und zwar für eine/n jede/n im Rahmen des lebenslangen Lernprozesses.

Als Zielgruppe sollen dabei alle - insbesondere aber diejenigen, die sich bislang passiv verhalten - fokussiert werden. Hierzu ist notwendig zu prüfen, welche Gründe (und ggf. Barrieren - fehlende Motivation, fehlende finanzielle und/oder zeitliche Ressourcen, mangelnde Sprachkenntnisse, usw.) die bislang passive Haltung bedingen.

Erste Ideen, wie dies eruiert werden könnte sind:

- die Entwicklung spezifischer Fragebögen/Checklisten sowie
- der Versuch, Zugang mittels des Arbeitgebers zu schaffen, indem dieser für das Thema sensibilisiert wird.

Um inklusiv politisch zu bilden sollten:

- verwendete Materialien ansprechend gestaltet
- verständliche/leichte Sprache genutzt
- Zielgruppen und entsprechende Formate neu gedacht
- multimediale Vermittlungswege gewählt und
- umfassende Partizipation ermöglicht werden.

Von der Arbeitsgruppe benannte Themenschwerpunkte könnten dabei sein:

- Struktureller/ Institutioneller Rassismus
- Fake News
- Verschwörungsideologien
- Medienkompetenz sowie

- das Entwickeln zielgruppenorientierter spezifischer Formate (Workshops, Vorträge, Argumentationstrainings, Ausstellungen etc.).

3.3.4 Schule

Leitbild: Die Schulen fördern Demokratie und Vielfalt und werden dabei aktiv unterstützt.

Im Arbeitskreis „Schule“ waren Vertreterinnen und Vertreter der Remscheider Schulen, des Jugendrates, des Kommunalen Integrationszentrums, der Stadtschulpflegschaft sowie eine Vertreterin einer MSO bei insgesamt drei Treffen tätig. Auch diesem Arbeitskreis wurde damit begonnen, auf Basis der wichtigsten Ergebnisse einer wissenschaftlichen Studie des Deutschen Zentrums für Integrations- und Migrationsforschung (DeZIM), ins Themenfeld einzusteigen.³²

In der Studie wird Schule als einer der Lebensbereiche aufgeführt, in denen Rassismus am häufigsten wahrgenommen wird.³³ Darüber hinaus zeigt die Studie, dass es trotz weitgehender Übereinstimmung der Ergebnisse in verschiedenen sozialen und demografischen Gruppen, einige signifikante Abweichungen gibt. So sind die Befragungsergebnisse innerhalb der in der Studie ausgewiesenen Altersgruppen durchaus unterschiedlich:

So sind junge Menschen erkennbar häufiger bereit, sich gegen Rassismus zu engagieren als ältere.³⁴ Sie scheinen auch weniger anfällig für biologistische Vorstellungen, rassistische Glaubenssätze und Denkmuster.³⁵ Ebenso ist ein Ergebnis der Studie, dass jüngere Menschen zu einem höheren Anteil angeben, schon einmal rassistisch behandelt worden zu sein als ältere.³⁶ Auch der Anteil der Personen, die die deutsche Gesellschaft als rassistisch empfinden ist unter den jüngeren Befragten höher als unter den älteren.³⁷

Der Arbeitskreis diskutierte unterschiedliche Thesen zur Begründung dieses Phänomens. Neben demografischen Ursachen, die auch in der Studie identifiziert werden³⁸, wurde vermutet, dass die Ursache dafür, dass jüngere Menschen häufiger von direkten Rassismuserfahrungen berichteten, daran liegen könne, dass sie häufiger rassistische Vorfälle erlebten. Andere Teilnehmende schrieben ihnen ein geschärftes Problembewusstsein zu. Die Rolle der Schule, so eine weitere These, könne sowohl darin liegen, dass sie zum Empowerment junger Menschen beitrage. Eine andere These verwies auf ein starkes Machtgefälle in der Schule, das ggf. rassistisches Handeln oder zumindest Situationen begünstige, die Menschen, die häufig rassifiziert werden, als rassistischen Vorfall empfinden.

³² Deutsches Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung (DeZIM): **Pressemitteilung** zur Auftaktstudie zum Nationalen Diskriminierungs- und Rassismusmonitor (NaDiRa) des Deutschen Zentrums für Integrations- und Migrationsforschung (DeZIM) 5. Mai 2022, zitiert nach: <https://www.dezim-institut.de/presse/presse-detail/viele-menschen-in-deutschland-sind-bereit-zu-engagement-gegen-rassismus/>, zuletzt abgerufen am 10.08.2023, 22.33 Uhr

³³ Deutsches Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung DeZIM e.V. (Hrsg.): *Rassistische Realitäten, Wie setzt sich Deutschland mit Rassismus auseinander?*, Auftaktstudie zum Nationalen Diskriminierungs- und Rassismusmonitor (NaDiRa) des Deutschen Zentrums für Integrations- und Migrationsforschung (DeZIM), Berlin 2022, S. 10. zitiert nach: https://www.rassismusmonitor.de/fileadmin/user_upload/NaDiRa/CATI_Studie_Rassistische_Realitäten/DeZIM-Rassismusmonitor-Studie_Rassistische-Realitäten_Wie-setzt-sich-Deutschland-mit-Rassismus-auseinander.pdf, zuletzt abgerufen am 10.08.2023, 22.56 Uhr

³⁴ DeZIM, 2022, S. 67 ff.

³⁵ DeZIM, 2022, S. 44 ff.

³⁶ DeZIM, 2022, S. 33

³⁷ DeZIM, 2022, S. 56

³⁸ DeZIM, 2022, S. 30

Die Studie des DeZIM zeigt jedoch auch in anderer Hinsicht die Bedeutsamkeit von Bildung auf. So identifiziert die Studie sowohl den Zusammenhang zwischen Zugehörigkeit zu bestimmten benachteiligten Gruppen und strukturellem Rassismus im Bildungssystem, als auch die Prägung des gesellschaftlichen Diskurses durch Bildungsinhalte.³⁹ Auf der Basis dieser Erkenntnisse befasste sich die Arbeitsgruppe auch mit der Frage, weshalb das Handlungsfeld „Schule“ aus der Sicht der Gruppenmitglieder wichtig sei und formulierte Stichpunktartig folgende Ergebnisse:

- Nicht alle haben die gleichen Chancen
- Fehlendes Wissen über das Bildungssystem
- Fehlendes Wissen im Bildungssystem
- Schule ist ein Abbild der Gesellschaft → u.a. struktureller/Institutioneller Rassismus
- Wir müssen reden!
- Positive Ziele sind notwendig
- Fehlendes Wissen über Rassismus, Diskriminierungen bspw. in der Sprache und daher häufig Unsicherheiten
- Kaum finanzielle wie personelle Ressourcen für die Unterstützung bei Antidiskriminierungsarbeit
- Bestehende externe Angebote werden in Remscheid wenig genutzt
- Demokratiebildung gehört unbedingt in die Schule

In der Diskussion der Items wurde deutlich, dass in Remscheid bereits bestehende Angebote aus dem Bereich der Rassismuskritischen und Diversitätssensiblen Pädagogik nur sehr wenig seitens der Schulen/Lehrkräfte genutzt werden. Unterschiedliche Gründe und entsprechende Lösungsansätze wurden diskutiert.

Folgende **Leitfragen** zum Thema (rassistische) Diskriminierung an Schulen waren unterstützt die Arbeitsgruppe dabei, Lösungsansätze und Ziele zu formulieren:

- Wo findet (rassistische) Diskriminierung in Schulen statt?
- Welche Auswirkungen haben Diskriminierungserfahrungen auf Betroffene?
- Welchen rechtlichen Diskriminierungsschutz gibt es im Bereich Schule?
- Wie kann eine Schule Antidiskriminierung verankern?

Dazu wurden einige konkrete Handlungsempfehlungen formuliert. So wurde beispielsweise angeregt, dass Schulen ihr jeweiliges Leitbild mit einer „diversitätssensiblen Brille“ einer kritischen Prüfung unterziehen und ggf. im Sinne einer antirassistischen Bildung modifizieren sollten. Weiterhin erscheint es sinnvoll, auch Lehrpläne und Unterrichtsmaterialien einer solchen Prüfung zu unterziehen und Potenziale aufzuzeigen, Bildung diversitätssensibel und gerechter zu gestalten.

Ein weiterer Schlüssel zu einer in diesem Sinne zeitgemäßen und zukunftsorientierten Bildungsarbeit in Remscheid wurde die Arbeit in multiprofessionellen Teams innerhalb der Stadt benannt, die zu einer besseren Vernetzung der Akteur*innen führen werde.

Im Folgenden sind alle erarbeiteten strategischen Ziele mit den entsprechenden Handlungsempfehlungen, ersten Ideen für Maßnahmen und entsprechende Akteure in tabellarischer Form aufgeführt:

³⁹ DeZIM, 2022, S. 70

Ziele	Handlungsempfehlungen	Maßnahmen	Handelnde
Antidiskriminierungsarbeit soll dauerhaft an Remscheider Schulen verankert werden	<p>möglichst alle Schulen sollen Teil des Programms Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage (SoR / SmC) werden</p> <p>Lehrkräfte sollen dabei in ihrem Arbeitsauftrag unterstützt werden</p> <p>mehr Empowerment in die Schulen bringen</p>	<p>Teilnehmende Schulen von SoR / SmC berichten regelmäßig über ihre Aktivitäten (sichtbar machen, „was passiert da eigentlich in Schulen“)</p> <p>Pädagogischer Fachtag an allen Schulen</p> <p>ADA Beauftragte (Unterstützung seitens päd. Fachleute)</p> <p>Safe Spaces einrichten etc.</p>	<p>Stadt Remscheid</p> <p>Regionales und kommunales Bildungsbüro</p> <p>Kommunales Integrationszentrum</p> <p>Stadtschulelternpflegschaft</p>
Sensibilisierung vorantreiben	<p>mögliche Unsicherheiten lösen</p> <p>Eigene Privilegien gilt es zu hinterfragen</p> <p>Diversitätssensibilität (d.h. die Achtung der Individualität des Gegenübers fördern)</p> <p>Demokratieerziehung muss fokussiert werden</p>	<p>Fortbildungen für pädagogisches Fachpersonal, Schülerinnen und Schüler, Eltern</p> <p>Fortführung bzw. Ausbau der von Veranstaltungen ähnlich dem Fachtag „Vielfalt gestalten - Rassismus und Diskriminierungen in Schulen entgegentreten“</p> <p>Überprüfung der eigenen schulischen Leitbilder</p> <p>„Wir feiern Demokratie“!</p>	<p>Stadt Remscheid</p> <p>Schulverwaltungsamt/Schulamt</p> <p>Regionales und kommunales Bildungsbüro</p> <p>Kommunales Integrationszentrum</p> <p>Stadtschulelternpflegschaft</p>
besseres Networking insbesondere mit externen Fachstellen	Ausbau der Öffentlichkeitsarbeit	regelmäßiger Austausch ähnlich dem AK Schule	<p>Stadt Remscheid:</p> <p>Schulamt</p> <p>Regionales und Kommunales Bildungsbüro</p> <p>Kommunales Integrationszentrum</p> <p>Stadtschulelternpflegschaft</p>

Zusammenfassend wurde festgehalten, dass ein pädagogischer Fachtag für ganz Remscheid zum Themenbereich Rassismus/Antidiskriminierung und Diversitätssensibilität für alle Schulen angeboten werden möge. Dieser wurde bereits während des Entstehungsprozesses des vorliegenden Handlungskonzeptes seitens der Koordinatorin für NRWeltoffen, des Kommunalen Integrationszentrums, der Psychologischen Beratungsstelle und dem Arbeitskreis Schule gemeinsam organisiert. Der Fachtag „Vielfalt gestalten - Rassismus und Diskriminierungen in Schulen entgegentreten“ soll eine Auftaktveranstaltung für weitere Maßnahmen an den einzelnen Bildungseinrichtungen und in der Stadt sein. Im Sinne der Öffentlichkeitsarbeit, Wirksamkeit und Nachhaltigkeit des Vorhabens solle sowohl über den Fachtag berichtet werden, als auch über die zukünftige und bereits erfolgte Arbeit in den Remscheider Schulen. Zusätzlich, gewissenmaßen als zweite Säule fand mit „Yalla- Remscheid, empower dich!“ das erste Empowermentfestival in Remscheid statt. Zielgruppe hierbei waren vor allem BIPOC* als auch Allies*

Letztendlich entscheidend für mehr NRWeltoffenheit ist auch der positive und zukunftsgerichtete Blick auf das Themenfeld der gemeinsamen Arbeit.

Die Studie des Deutschen Zentrums für Integrations- und Migrationsforschung zeigt, dass der Wert einer demokratischen und gerechten Gesellschaft vielen Menschen in Deutschland durchaus bewusst ist. Das müssen Demokratinnen und Demokraten auch zeigen. Bei allen Bedenken und Ängsten, die wir angesichts antidemokratischer und rassistischer Tendenzen in unserer Gesellschaft haben und auch, wenn wir wahrnehmen, dass diese sich fast täglich verstärken, ist es wichtig weiterhin zusammen zu arbeiten.

Als ein Fazit des gemeinsamen Prozesses aller Handlungsfelder ist der Wunsch der Teilnehmenden am Lenkungskreis herauszuheben, den Prozess auf alle Fälle fortführen zu wollen und die Befürwortung einer weiteren Antragsstellung. Außerdem sollen dann auch unbedingt über die gewählten Handlungsfelder und den zugehörigen Maßnahmen hinaus weitere Felder in den Blick genommen und entsprechende Empfehlungen erarbeitet werden.

4 Veranstaltungen, Öffentlichkeitsarbeit und mehr

Bereits im ersten Antrag wurde das Ziel formuliert operationalisierbare Maßnahmen, von denen erste schon während des Prozesses experimentiert werden sollten, zu entwickeln. In vier Veranstaltungen, die als Teile eines möglichen Maßnahmenkatalogs zu betrachten sind, wurde die Thematik und auch der Prozess in einer größeren (Fach-)Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Dadurch konnte u.a. verdeutlicht werden, wie die eher abstrakten Handlungsempfehlungen dann am Ende konkret in der Realität verwirklicht werden können. Die Erkenntnis aus den Maßnahmen wurden in die Lenkungskreis zurückgespiegelt und fanden so Eingang in die Konkretisierung des Handlungskonzeptes.

4.1.1 Veranstaltungen 2022/23

4.1.1.1 Vortrag „Rassismus verstehen – Geschichte eines Machtsystems“ von Dr. Mark Terkessidis
Handlungsfeld (Zuordnung): Politische Bildung/Erwachsenenbildung

Am 24. November 2022 hatte die koordinierende Fachstelle NRWeltoffen zu dem Vortrag „Rassismus verstehen – Geschichte eines Machtsystems“ von Dr. Mark Terkessidis in die Albert-Einstein-Schule eingeladen. Der Besuch der Veranstaltung war kostenfrei und stand grundsätzlich allen Interessierten

offen. Dr. Mark Terkessidis ist freier Autor und arbeitet schon seit vielen Jahren zu den Themen (Populär-) Kultur, Migration, Rassismus und gesellschaftlicher Wandel. In seinem Vortrag sprach er über die lange Geschichte des Rassismus, die kolonialen Verstrickungen und erklärte den institutionellen Charakter:

...Seit einigen Jahren wird auch in der deutschen Gesellschaft heftig über das Thema Rassismus diskutiert. Allerdings ist das Wissen darüber, was Rassismus eigentlich bedeutet – in Geschichte und Gegenwart – weiterhin ziemlich gering. Eines ist aber klar: Rassismus ist nicht nur ein Problem von verwirrten, ungebildeten Einzelnen, sondern hat mit der Gesellschaft im Ganzen zu tun....

Vor diesem Hintergrund aus dem Einladungstext wurde in einer moderierten Gesprächsrunde ausführlich seine These diskutiert, dass es wichtig sei, Rassismus zu verstehen, um sich sinnhaft gegen ihn zur Wehr zu setzen diskutiert.

Beteiligte

Neben den Mitgliedern des Integrationsrat waren auch Personen der Lenkungsreis unter den Teilnehmenden. Die gesamte Veranstaltung richtete sich an eine interessierte Öffentlichkeit.

Konkrete Ziele der einzelnen Maßnahme

Im Fokus des Vortrags lag die Vermittlung von Hintergrundwissen zum historischen Kontext und zum Verständnis von Rassismus als Konzept/als Herrschaftssystem. Durch den Beitrag von Dr. Terkessidis konnte wesentlich zur Aufklärung und Sensibilisierung für die Thematik beigetragen werden. Diese Erkenntnisse konnten weitergehenden auch in die Lenkungsreis transferiert werden. Die Veranstaltung diente somit der Diskussion und der Wissensvermittlung insbesondere mit Blick auf den Entstehungsprozess des Handlungskonzeptes.

Hinsichtlich der formulierten Ziele des gesamten Handlungskonzeptes sind Folgende dem Vortrag „Rassismus verstehen – Geschichte eines Machtssystems“ von Dr. Mark Terkessidis zuzuordnen:

- Bekanntmachen der Projektes NRWeltoffen
- Information/Aufklärung
- Wissen vermitteln
- Schaffung zielgruppenspezifischer Angebote
- Sensibilisierung (für Nicht-Betroffene)
- Perspektivwechsel erzeugen und eigene Privilegien bewusstmachen
- Machtkritische Haltung fördern

Bewertung

Der Wunsch eine Informationsveranstaltung, die Rassismus als Konzept, als Herrschaftsideologie zum Inhalt hat, wurde in einem der ersten Treffen der Lenkungsreis formuliert. Dort war es insbesondere während der Diskussionen schnell offensichtlich, dass zum Teil ein sehr unterschiedliches Verständnis zu Rassismus und seinen unterschiedlichen Ausprägungen bzw. ein teilweise eher geringes Wissen über Rassismus vorhanden war. So wurde seitens der Lenkungsreis gewissermaßen im Konsens formuliert, dass es wichtig ist die Teilnehmenden zumindest weitestgehend auf den aktuellsten Stand der Rassismusforschung zu bringen. Mit dem Vortrag von Herrn Terkessidis konnte somit auch eine gute Grundlage für die weitere Auseinandersetzung mit dem Themenbereich, vor allem im Hinblick auf das zu erstellenden Handlungskonzept, geschaffen werden. Die Veranstaltung fand im Anschluss

an eine Sitzung des Integrationsrats statt stand aber grundsätzlich allen interessierten Personen offen.

4.1.1.2 „Donate your stereotype – spende dein Vorurteil“

Handlungsfeld (Zuordnung): Kinder – und Jugendhilfe + Politische Bildung

Die Aktion „Donate your stereotype – spende dein Vorurteil!“ fand im Rahmen der Internationalen Wochen gegen Rassismus im März 2023 im Allee-Center Remscheid, ein Einkaufszentrum und sehr hoch frequentierten Ort statt. Veranstaltende waren der Jugendrat Remscheid, der sowohl im Vorfeld der Aktion als auch während der Durchführung intensiv von der Koordinierenden Fachstelle NRWeltoffen unterstützt und begleitet wurde. In den Vorbereitungstreffen setzen sich die beteiligten Jugendlichen intensiv mit den Themen Rassismus, Diskriminierung und damit zusammenhängend der Bildung von Stereotypen und Vorteilen auseinander. Sie wurden außerdem darauf vorbereitet dazu mit Passanten:innen in den Dialog zu treten, dabei auch möglichen Widerständen zu begegnen und damit umzugehen.

Bei dieser, eher kleineren Aktion ging es vor allem darum, dass Menschen sich kurz die Zeit haben, um zunächst mit den Jugendräten ins Gespräch zu kommen. Anschließend sollten sie ein Vorurteil aufschreiben, welches sie gerne loswerden möchten. Selbiges konnten dann eigenständig mit einem kleinen Handschredder „zerstört“ werden. Im Gegensatz erhielten die Personen dann eine kleine Inspiration für einen Perspektivwechsel. Die Aktion wurde im Vorfeld im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit zur IWgR 23 medial beworben.

Beteiligte

Neben Mitarbeitenden des Jugendamt Remscheid, waren vor Mitglieder des Jugendrates an der Aktion beteiligt. Dabei wurden sie von der Koordinierenden Fachstelle NRWeltoffen begleitet

Konkrete Ziele der einzelnen Maßnahme

Durch diese gemeinsame öffentlichkeitswirksame Veranstaltung von Jugendamt, Jugendrat und NRWeltoffen gelang es das Thema Vorurteile und Stereotypen in der Remscheider Öffentlichkeit zu platzieren.

Ziel war es den angesprochenen Passantinnen und Passanten deutlich zu machen, dass zunächst jeder Mensch unterschiedliche Vorurteile und Stereotypen hat, manchmal auch unbewusst. Diese immer wieder zu reflektieren und die eigenen Vorurteile und Stereotype kritisch zu hinterfragen war eines der Ziele der Aktion.

Hinsichtlich der formulierten Ziele des gesamten Handlungskonzeptes sind Folgende der Aktion „Donate your stereotype – spende dein Vorurteil“ zuzuordnen:

- Bekanntmachen der Projektes NRWeltoffen
- Information/Aufklärung
- Vernetzung
- Wissen vermitteln
- Schaffung zielgruppenspezifischer Angebote
- Themen nach außen, „auf die Straße“ bringen
- Verbesserung der Kommunikation über Angebote zum Themenbereich an eine breite Bevölkerungsgruppe
- Vorbereitung des Handlungskonzeptes

- Intensivierung der Zusammenarbeit mit dem Jugendrat

Bewertung

Die Resonanz auf die beiden beschriebenen Aktivitäten war durchaus positiv. Einige Teilnehmende haben sich zudem eine Wiederholung sowohl des Vortrags, als auch der Straßenaktion in jeweils anderen Settings gewünscht.

Außerdem konnte das Projekt NRWeltoffen auf diese Weise auch der Remscheider Zivilgesellschaft bekannter gemacht werden. Teilweise nahmen sogar Personen teil, die eigens zu diesem Anlass gekommen waren, um so auch die Arbeit des Jugendrates, aber auch von NRWeltoffen zu unterstützen.

4.1.1.3 Fachtag „Vielfalt gestalten - Rassismus und Diskriminierungen in Schulen entgegenreten“

Handlungsfeld (Zuordnung): Schule + Kinder- und Jugendhilfe

Bereits im ersten Treffen wurde ausgehend vom Arbeitskreis Schule des Lenkungskreises der Wunsch nach einer größeren, schulübergreifenden Veranstaltung zu den Themen Rassismus und Diskriminierungen in Schulen formuliert. Rasch wurde dieser Wunsch dann auch federführend von NRWeltoffen Remscheid, dem Kommunalen Integrationszentrum Remscheid und der Psychologischen Beratungsstelle Remscheid umgesetzt. Schließlich konnte am 30.08.2023 ein ganztägiger Fachtag mit dem Titel „Vielfalt gestalten - Rassismus und Diskriminierungen in Schulen entgegenreten“ durchgeführt werden.

Übergeordnetes Ziel der Veranstaltung war es, institutionelle (rassistische) Diskriminierung im Kontext von Schule zu analysieren und ggf. gemeinsam konkrete Handlungsmöglichkeiten für Lehrerinnen und Lehrer und pädagogische Fachkräfte zu erarbeiten. Unter Berücksichtigung struktureller Rahmenbedingungen konnte der Frage nachgegangen werden, wie bspw. rassismuskritisches Handeln am Lernort Schule funktionieren und dauerhaft etabliert werden kann. Gleichzeitig soll der Fachtag auch eine Möglichkeit zur Vernetzung und zum Austausch von Pädagoginnen und Pädagogen und Expertinnen und Experten darstellen.

Nach einem Input von Prof. Dr. Karim Fereidooni, („Rassismus in Schule und Gesellschaft“) konnten die Darstellungen in einer anschließenden Fragerunde vertieft werden.

In einer Podiumsdiskussion die, wie die gesamte Veranstaltung von Bahar Aslan moderiert wurde, wurde der Blick vor allem auf die Perspektive der Betroffenen gelenkt. So wurde bspw. auch die Relevanz von einer Antidiskriminierungsstelle für Kinder und Jugendliche diskutiert.

Nach der Mittagspause gab es fünf Workshops. Als Referentinnen konnten hier Kolleg:innen von:

- SABRA Servicestelle für Antidiskriminierungsarbeit Beratung bei Rassismus und Antisemitismus und RIAS NRW - Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Nordrhein-Westfalen zum Thema „Was tun bei Antisemitismus im schulischen Kontext?“
- FUMA- Fachstelle Gender & Diversität NRW mit dem Thema „Was hat das denn mit mir zu tun? Grundlagen zu rassismuskritischem Wissen im Kontext Schule.“
- KITma e.V. zum Thema „Rassismus erkennen, benennen und entgegenen“
- Wegweiser mit dem Thema „Antimuslimischer Rassismus“
- Sinti Allianz e.V. zum Thema „Sinti und Roma - Die Nationale Minderheit“

gewonnen werden. Abschließend konnten die Teilnehmenden sich noch bei einer Ideenmesse darüber austauschen wie beispielsweise rassistisches Handeln, Antidiskriminierungsarbeit etc. innerhalb von Schulen und anderen Pädagogischen Einrichtungen auch praktisch z.B. in Form von kleinen Projekten, AGs u.ä. umgesetzt werden kann.

Insgesamt kamen 75 Teilnehmende aus dem Bereich Schule und Bildung, sowie Kinder- und Jugendarbeit. Die Veranstaltung sollte dabei von Anfang an quasi „nur“ als eine Auftaktveranstaltung (eine Art Startschuss bzw. „Schnuppertag“) verstanden werden. So äußerten auch viele Teilnehmende im Abschluss den Wunsch nach weiteren, ähnlich konzipierten Veranstaltungen bzw. Vertiefungen der Workshops.

Beteiligte

Die gesamte Veranstaltung wurde gemeinsam mit dem Kommunalen Integrationszentrum Remscheid, der Psychologischen Beratungsstelle Remscheid, sowie NRWeltoffen Remscheid in enger Absprache mit dem Arbeitskreis Schule geplant, organisiert und durchgeführt.

Neben Schulleitungen und Lehrkräften aus den Weiterführende und berufsbildende Schulen, konnten auch Kolleg*innen des Offenen Ganztags und aus Jugendeinrichtungen (OT) zur Teilnahme gewonnen werden. Daneben gab es auch eine aktive Beteiligung des Jugendrats. Auch die Stadtschulelternpflegschaft war bereits im Vorfeld involviert. Die einzelnen Workshops wurden von Kolleg*innen folgender Institutionen/Projekte/Vereine gestaltet:

- SABRA Servicestelle für Antidiskriminierungsarbeit Beratung bei Rassismus und Antisemitismus
- RIAS NRW - Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Nordrhein-Westfalen
- FUMA- Fachstelle Gender & Diversität NRW
- KITma e.V.
- Wegweiser
- Sinti Allianz e.V.

Konkrete Ziele der einzelnen Maßnahme

Übergeordnetes Ziel der Veranstaltung war es, institutionelle (rassistische) Diskriminierung im Kontext von Schule zu analysieren und ggf. gemeinsam konkrete Handlungsmöglichkeiten für Lehrerinnen und Lehrer und pädagogische Fachkräfte zu erarbeiten. Unter Berücksichtigung struktureller Rahmenbedingungen konnte der Frage nachgegangen werden, wie bspw. rassistisches Handeln am Lernort Schule funktionieren und dauerhaft etabliert werden kann. Gleichzeitig war der Fachtag auch eine Möglichkeit zur Vernetzung und zum Austausch von Pädagoginnen und Pädagogen und Expertinnen und Experten aus anderen Bereichen, Organisationen und Vereinen, die in den Themenbereichen aktiv sind.

Hinsichtlich der formulierten Ziele des gesamten Handlungskonzeptes sind Folgende dem Fachtag „Vielfalt gestalten - Rassismus und Diskriminierungen in Schulen entgegentreten“ zuzuordnen:

- Sensibilisierung vorantreiben
- mögliche Unsicherheiten lösen
- Eigenen Privilegien hinterfragen
- Förderung von Diversitätssensibilität
- Fokussierung von Demokratieerziehung

- Fortbildungen für Pädagogisches Fachpersonal, Schüler:innen und Eltern
- besseres Networking insbesondere mit externen Fachstellen

Bewertung

Der Fachtag war der erste dieser Art in Remscheid und ein großer Erfolg. Wichtig war in diesem Zusammenhang vor allem, dass die Idee einen solchen Tag zu veranstalten von vielen Beteiligten innerhalb des AK Schule des Lenkungskreises mitgetragen und in die jeweiligen Netzwerke weitergetragen wurden.

Der Erfolg u.a. auch an den Bewertungen in den Feedbackbögen deutlich zu vernehmen. Darin lässt sich auch erkennen, dass angestrebte Ziele nämlich bspw. Sensibilisierung voranzutreiben, eigene Privilegien zu hinterfragen, Diversitätssensibilität zu fördern und Networking insbesondere mit externen und kommunalen Fachstellen zu verbessern erreicht werden konnten. Einzelne Einrichtungen haben bereits Kontakt zu den Akteurinnen und Akteuren aufgenommen und planen eigenen schulinterne Veranstaltungen. Deutlich wurde außerdem, dass Bedarf an Unterstützung durch Externe bei der Gestaltung von Schule als diskriminierungsfreien Raum groß ist. Aus diesem Grund soll der Fachtag in der kommenden Förderperiode fortgeführt bzw. in Form einer Workshop-Reihe vertieft werden.

4.1.1.4 „Yalla – Remscheid, empower dich! Erstes Empowerment - Festival in Remscheid

Handlungsfeld (Zuordnung): Kinder- Jugendhilfe + Politische Bildung/Erwachsenenbildung

Das erste Empowerment-Festival in Remscheid richtete sich an alle Menschen, die von Diskriminierung und insbesondere von Rassismus betroffen sind und an diejenigen, die ihre Privilegien nutzen, sich mit Betroffenen solidarisieren und sie unterstützen. Die Veranstalterinnen und Veranstalter wollten dazu ermutigen, eigene Stärken zu entdecken und Potenziale zu entfalten, um eine klare Haltung zeigen und selbstbestimmter handeln zu können.

In Kooperation mit dem Deutschen Röntgen-Museum (DRM), dem soziokulturellen Zentrum Die Welle und dem Förderprogramm NRWeltoffen richtete das Kommunale Integrationszentrum (KI) der Stadt Remscheid am Samstag, 23. September ein ganztägiges Empowerment Festival mit zahlreichen musisch-künstlerischen Workshops und Angeboten (Malerei, Kreatives Schreiben, Capoeira, Musik, Museumsführung und Filmvorführung) sowie einem Konzertprogramm am Abend aus. Workshops wurden mehrfach angeboten, sodass Teilnehmende möglichst viele Angebote nutzen konnten. Es wurde eine Mischung aus offenen Angeboten und Workshops in geschützten Räumen (Safer Spaces) für Menschen, Zitat, „die von Rassismus betroffen sind, sprich BIPOC, migrantisierte und rassifizierte Menschen.“ zusammengestellt.

Beteiligte

Bei dem Festival handelte es sich um eine Kooperationsveranstaltung des Kommunales Integrationszentrum der Stadt Remscheid, dem Deutschen Röntgen Museum, dem Soziokulturellen Zentrum Die Welle, sowie dem Projekt NRWeltoffen. Darüber hinaus waren alle Referent:innen selber Aktivist:innen im Bereich Empowerment und Antidiskriminierungsarbeit.

Konkrete Ziele der einzelnen Maßnahme

Das Festival richtete sich an alle Menschen, die von Diskriminierung und insbesondere von Rassismus betroffen sind und an diejenigen, die ihre Privilegien nutzen, sich mit Betroffenen zu solidarisieren

und sie zu unterstützen. Die Veranstaltenden wollten dazu ermutigen, eigene Stärken zu entdecken und Potenziale zu entfalten, um eine klare Haltung zeigen und selbstbestimmter handeln zu können.

Hinsichtlich der formulierten Ziele des gesamten Handlungskonzeptes sind Folgende dem Empowerment-Festival „Yalla – Remscheid, empower dich!“ zuzuordnen:

- Niedrigschwellige Zugänge (deshalb als Festival und nicht Fachtag konzipiert) ermöglichen
- andere Formate schaffen durch künstlerische, kreative Angebote künstlerisch
- Sensibilisierung (für Nicht-Betroffene)
- Perspektivwechsel erzeugen
- Eigene Privilegien bewusstmachen
- Machtkritische Haltung fördern
- Schaffung von Begegnungsangeboten
- Durchführung von Workshops zu intersektionelle Diskriminierungsformen z.B. den Themen Critical Whiteness u. Allyship
- Empowerment
- Partizipationsmöglichkeiten schaffen
- Einrichtung von sog. Safe Spaces
- Unterstützung betroffener Kinder und Jugendliche, aber auch Erwachsener, die von Rassismus oder Diskriminierung betroffen sind. Betroffene müssen sich austauschen, stärken und Verbündete finden können!
- Angebote externer Fachleute kennenlernen und nutzen

Bewertung

Das Festival war für alle Beteiligten ein intensiver und inspirierender Tag mit musisch-künstlerischen Angeboten sowie Liveacts.

Dieses Format ist insbesondere geeignet, niederschwellig Zielgruppen zu erreichen und für die Thematik zu sensibilisieren.

4.1.2 Internet & Co. – weitere Aktionen

Damit das Projekt bei allen möglichen Kreisen ankommt, die von Rassismus, Rechtsextremismus und anderen Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit betroffen sind, ist es zwingend notwendig, alle möglichen Kanäle zu bespielen, auf denen sich die Betroffenenkreise aufhalten. Aufgrund dessen, dass soziale Medien eine große Rolle bei der Rezeption von Nachrichten, insbesondere bei jungen Menschen spielen, wurde sich dafür entschieden, dass Projekt über Instagram sowie Facebook bekannt zu machen. Über die Social Media Beiträge wurden die Rezipienten zudem aufgefordert, sich bei Ideen zu melden. Ein erster Beitrag wurde bereits erstellt, der darauf hinweist, dass Remscheid nun Teil des Programms „NRWeltoffen“ ist und kurz erklärt, worum es sich bei „NRWeltoffen“ handelt. Insgesamt ist geplant, dass jeweils nach den Sitzungen der Lenkungsreis immer ein Beitrag auf den sozialen Netzwerken folgt. Sofern möglich, sollen auch zwischendurch Beiträge zu bestimmten Anlässen (bspw. Internationale Woche gegen Rassismus) geteilt werden, damit sowohl das Projekt als auch die Thematik nicht in den Hintergrund rücken. Des Weiteren wurden Flyer ausgedruckt, die bei den Treffen der Lenkungsreis und bei dem Besuch der MSOs sowie bei allen Vorstellungsrunden und Veranstaltungen ausgehändigt wurden. Es ist geplant, über Plakate an Schulen und anderen öffentlichen, Orten, auf das Projekt aufmerksam zu machen und die Partizipation der Öffentlichkeit zu fördern. In diesem Jahr wird eine projekteigene Homepage erstellt, um die Öffentlich-

keit über den aktuellen Stand des Projektes zu informieren und ihnen eine Plattform für die Einbringung eigener Ideen zu bieten und sie auf Veranstaltungen, Studien (Rassismusmonitor DeZIM) etc. hinzuweisen. Die Homepage wurde bereits erstellt und wird sukzessive durch die Koordinierende Fachstelle mit Inhalt gefüllt (Stand 15.06.2023). Selbstverständlich wird die gesamte Seite auch in leichter Sprache zugänglich sein und ggf. über eine Vorlesefunktion verfügen.

Weitere Aktionen wie etwa eine Kampagne im Alleecenter der Stadt Remscheid, der hoch frequentiert und von allen Altersgruppen besucht wird, soll mit der Lenkungsreis besprochen und optimalerweise auch mit den Akteurinnen und Akteuren gemeinsam durchgeführt werden. Denkbar wäre hier bspw. eine Art interaktiver Bürgerbefragung zu den einzelnen Inhalten des Handlungskonzepts oder Partizipationsmöglichkeiten interessierter Bürgerinnen und Bürgern. Das fertige Handlungskonzept soll selbstverständlich sowohl in unterschiedliche Sprachen, als auch in einfache Sprache übersetzt werden.

5 Fazit

Während des Entstehungsprozesses des vorliegenden Kommunales Handlungskonzept gegen Rassismus und Rechtsextremismus für die Stadt Remscheid ist deutlich geworden, dass der Bedarf an Antidiskriminierungsarbeit bzw. die intensive Auseinandersetzung mit dem Themenbereich, sowie eine enge Kooperation und der regelmäßige Austausch der Beteiligten bei dieser wichtigen Aufgabe wirklich groß sind. Klar wurde auch, dass die Rolle von Kommunen generell und die der Stadt Remscheid insbesondere im Zusammenspiel mit zivilgesellschaftlichen Prozessen von hoher Bedeutung ist. Hier laufen die verschiedenen Entwicklungen zusammen, können bearbeitet und koordiniert werden. Nicht zu unterschätzen ist die Vorbildfunktion der Stadt Remscheid und ihres Oberbürgermeisters. Es gilt nun, die von der Lenkungsreis erarbeiteten eher abstrakten Handlungsempfehlungen nun auch konkret in die Tat umzusetzen. Eine koordinierenden Fachstelle, die bei der Umsetzung der Maßnahmen berät und bei Bedarf unterstützt, ist hierfür sehr wichtig. Daher wurde das Projekt NRWeltoffen auf Wunsch der Lenkungsreis und des Stadtrates auch für eine weitere Förderperiode beantragt. Der Antrag ist positiv beschieden worden.

Des Weiteren, quasi als übergeordnete Handlungsempfehlung zu verstehen, wurde immer wieder von unterschiedlichen Seiten aus diversen Gründen die Einrichtung einer Antidiskriminierungsstelle als unabdingbar genannt. In der Auseinandersetzung mit (Alltags-) rassismus, und weiteren Formen von Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und damit einhergehenden Diskriminierungen, muss die logische Konsequenz sein, dass betroffene Menschen bei einer unabhängigen Anlaufstelle Vorfälle melden können, um ggf. rechtliche Konsequenzen einleiten zu können. Diese sollte bei entsprechender Förderung unbedingt eingerichtet werden. Die Lenkungsreis NRWeltoffen würde dies in jedem Fall begrüßen. Wo genau diese Stelle angesiedelt werden wird und welche Aufgaben sie konkret übernimmt, muss je nach Förderrichtlinien festgelegt werden. Die Aufgaben einer Antidiskriminierungsstelle (Information, Beratung und auf Wunsch Unterstützung von Betroffenen) sind aber im Prinzip im Antidiskriminierungsgesetz festgeschrieben. Für eine zukünftige Weiterschreibung des vorliegenden Handlungskonzeptes gilt es, dass noch Offene Punkte, die nicht als Handlungsfelder ausgewählt wurden, aber zur Disposition standen (bspw. ÖPNV, Wohnungsmarkt usw.) unbedingt weiterhin berücksichtigt werden. Zur Einordnung kann sich auch wieder am Integrierten Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus und Rassismus des Landes NRW orientieren.

Gleiches gilt für die Berücksichtigung weiterer Diskriminierungsformen bzw. Gruppen von Menschen, bspw. behinderte Menschen, Wohnungslose, LGTBQ, Senior* innen. Diese Menschen sollen zukünftig

noch stärker in Entscheidungsprozesse eingebunden werden. Generell sollte innerhalb des Projektes NRWeltoffen - Partizipation immer möglich sein und im Fokus von Maßnahmen liegen.

In diesem Zusammenhang gilt es zu einem bestehenden Netzwerk, u.a. den Lenkungskreis NRWeltoffen beizubehalten und zu stärken, aber auch neue Netzwerke zu bilden um Perspektivwechsel zu erzeugen, von dem letztlich alle profitieren. Eine übergeordnete Empfehlung wäre – neben der Schaffung einer Antidiskriminierungsstelle – auch, dass sich alle Mitglieder der Lenkungskreis bereit erklären mindestens 1x im Jahr eine Veranstaltung zum Thema Diversität in ihren jeweiligen Bezügen etc. durchzuführen.

Es ist das erklärte Ziel von NRWeltoffen Remscheid das demokratiefördernde Themen nach draußen „auf die Straße“ transportiert werden. Wichtig in diesem Zusammenhang ist die Verbesserung der Kommunikation über Angebote zum Themenbereich an eine breite Bevölkerungsgruppe muss verbessert werden. Gemeinsame öffentlichkeitswirksame Veranstaltungen (Ausstellung/Filmabende, Konzerte etc.) aller relevanten Akteur*innen um die Remscheider Gesellschaft zu sensibilisieren sind hier hilfreich. Alle müssen die Möglichkeit haben sich mit den unterschiedlichen Themen aus der Diversitätssensiblen Arbeit auseinanderzusetzen. Denkbar wären in diesem Zusammenhang die Entwicklung und Umsetzung einer groß angelegten gemeinsame Kampagne im Öffentlichen Raum.

Demokratie ist nicht selbstverständlich, das machen insbesondere die Ereignisse der letzten Wochen und Monate immer mehr deutlich. Demokratie und damit zusammenhängend der gesellschaftliche Frieden muss fortwährend verteidigt und oftmals offenbar neu erlernt werden. Eine zentrale Forderung der Lenkungskreis lautet daher: Lasst uns die Demokratie und ihre Errungenschaften feiern!

Dies muss auch für Remscheid deutlich gemacht werden. Es ist unerlässlich eine klare Haltung gegen Menschenfeindliche Gesinnungen zunächst teilweise erst zu entwickeln und diese immer wieder deutlich zu machen: In dieser Stadt gibt es keinen Platz für Rechtsextremismus, Rassismus und Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit, und jeglichen Formen von Diskriminierung.

Das müssen Demokrat*innen auch zeigen. Bei allen Bedenken und Ängsten, die wir angesichts anti-demokratischer und rassistischer Tendenzen in unserer Gesellschaft haben und auch, wenn wir wahrnehmen, dass diese sich fast täglich verstärken, ist es wichtig weiterhin zusammen zu arbeiten.

Denn: Wir sind mehr! In Deutschland, in NRW und in Remscheid.

Dank

Wir danken den vielen Menschen aus Zivilgesellschaft, Verwaltung und Politik für die Erarbeitung dieses Handlungskonzepts.

Der Lenkungskreis:

Unter dem Vorsitz von Oberbürgermeister Mast-Weisz und mit der Unterstützung von Kerstin Becklas von der Koordinierenden Fachstelle NRWeltoffen wirkten mit:

Noor Abrahamkhail	Christian Knies
Mustafa Al	Linda Kreitz
Erden Ankey-Nachtwein	Christine Krupp
Sevinç Brilling	Dawit Kuflu
Guido Dehn	Karin Lenhard-Moyzyczyk
Birgit Dömling	Gundula Michel
Stephan Döring	Karsten Neldner
Elke Ellenbeck	Ralf Noll
Andre Engels	Friederike Pohl
Giovanni Farrugia	Andreas Puzicha
Ute Friedrich-Zielas	Sabine Räck
Sascha von Gerishem	Sophia Rodriguez-Eckwert
Frank Gärtner	Beatrice Schlieper
Nicole Gründl-Jacobs	Beyza Sevinç
Rabia Gür	Bettina Stamm
Lara Heibeck	Jens Stuhldreier
Markus Hoymann	Anke Stursberg
Christian Jansen	Christoph Sykulski
Joby Joppen	Jutta Velte
Jason Kannanthanthu	Sarah Wemhöner
Yurdagül Kaya	Heike Wiegand
Hans-Gerd Kirschner	

Ihr Engagement und ihre Leidenschaft machen Mut – auch für die Phase der Umsetzung.

